

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Europa verrät seine Werte

**Friede, Demokratie, Menschenrechte, Umweltschutz:
Im Kampf gegen Russland opfern wir alles, was uns heilig ist**

von Guy Mettan



(Bild: zvg)

Guy Mettan ist Journalist und Abgeordneter im Grossen Rat des Kantons Genf, den er 2010 präsidierte. Er begann seine journalistische Laufbahn während seines Studiums der Politikwissenschaften; danach arbeitete er für das «Journal de Genève», «Le Temps stratégique, Bilan», «Le Nouveau Quotidien» und später als Direktor und Chefredaktor der «Tribune de Genève».

Seit 2005 ist er Präsident der *Union der Handelskammern Schweiz-Russland & GUS*. Von 2006 bis 2014 war er Präsident des Genfer Roten Kreuzes und bis 2019 Mitglied des Rates des *Schweizerischen Roten Kreuzes*. 1996 gründete er den *Schweizer Presseclub*, dessen Präsident und späterer Direktor er von 1998 bis 2019 war.

Er ist Autor mehrerer Bücher, darunter «Russie-Occident, une guerre de mille ans», das in sieben Ländern, darunter China und den USA, veröffentlicht wurde. Der englische Titel lautet «Creating Russophobia: From the Great Religious Schism to Anti-Putin Hysteria».

Timothy Snyder, Professor für Geschichte an der Universität Yale, einer der prominentesten akademischen Vertreter des westlichen Establishments, beschreibt in der September-Ausgabe der amerikanischen Zeitschrift *Foreign Affairs*, worum es beim Krieg in der Ukraine seiner Meinung nach geht. Die Einschätzung ist interessant, denn sie steht beispielhaft für den Diskurs, den uns die westlichen Politiker und Medien seit dem 24. Februar servieren. Es lohnt sich deshalb, einen längeren Abschnitt zu zitieren.

Snyder schreibt: «Russland, diese alternde Tyrannei, versucht, die impertinente ukrainische Demokratie zu zerstören. Ein ukrainischer Sieg würde das Prinzip der freien Regierung, der Integration in Europa und der Fähigkeit von Menschen guten Willens, sich den globalen Herausforderungen zu stellen, bestätigen. Ein Sieg Russlands hingegen würde die völkermörderische Politik in der Ukraine verstärken, die Europäer versklaven, den Kampf gegen die Bedrohung durch das Klima unmöglich machen und Faschisten, Tyrannen und Nihilisten stärken, die Politik als Spektakel betrachten, das die Menschen von der Zerstörung der Welt ablenken soll. Dieser Krieg entscheidet darüber, welche Prinzipien im 21. Jahrhundert vorherrschen werden, eine Politik des Massenmords oder eine Politik, die die Menschenwürde verteidigt. Es steht die Zukunft der Demokratie auf dem Spiel.»

Völkerrechtswidrige Kriege

Das sind die Frontlinien, die Snyder zieht: Verteidigung europäischer Werte gegen Barbarei; Demokratie gegen Diktatur; heroische Tugenden gegen Kriegsverbrechen. Doch woher wissen wir, dass diese Sicht der Dinge der Wahrheit zumindest nahekommt? Dass es sich bei diesem Krieg um einen Kampf der Guten gegen die Bösen handelt? Dass Eu-

«Die dritte Kategorie von Werten, die wir in der Ukraine angeblich verteidigen, sind die Grundrechte. Dazu gehört die Meinungsfreiheit. Europa stellt sich in diesem Punkt gerne als Vorbild dar, verglichen mit einem Russland, das die Meinungsfreiheit schamlos missachtet. Wie ist es dann aber zu erklären, dass unsere Medien alle Kriterien für eine objektive Berichterstattung mit Füßen treten, indem sie einstimmig Partei für die Ukraine ergreifen, ohne die Argumente der anderen Seite auch nur zur Kenntnis zu nehmen?»

ropas vielzitierte Werte den Test der Wirklichkeit bestehen? Eine Bestandesaufnahme ist dringend erforderlich. Ich komme dabei zu anderen Ergebnissen als Timothy Snyder. Aus meiner Sicht erleben wir einen Zusammenbruch der europäischen Werte, und ich glaube, viele Menschen ausserhalb Europas sehen es ähnlich.

Beginnen wir mit dem «Frieden», dem eigentlichen Gründungswert der Europäischen Union. Wer dieser Tage Zeitungen liest und Politikern zuhört, wird dem vielbeschworenen Begriff kaum mehr begegnen. Die Forderungen lauten statt dessen: mehr Waffenlieferungen, mehr Sanktionen, mehr Energiesparmassnahmen, kurz, mehr Eskalation. Allen voran geht die Präsidentin der Europäischen Kommission, *Ursula von der Leyen* («Jetzt ist es Zeit für Entschlossenheit, nicht für Beschwichtigung»). Diese klaffende Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit untergräbt den gesamten Diskurs über europäische Werte.

Zwar hat das schöne Friedensideal schon länger an Glanz eingebüsst, vor allem durch die allmähliche Umwandlung der Nato in ein Angriffsbündnis nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Ab den späten neunziger Jahren begannen europäische Staaten, auf der halben Welt militärisch einzugreifen (Serbien, Irak, Libyen, Syrien, Afghanistan), und das meist unter Verletzung des Völkerrechts. Trotzdem blieb der Friede, zumindest rhetorisch, ein Grundwert europäischer Politik.

Noch Ende März schien eine Verständigung zwischen den Kriegsparteien im Bereich des Möglichen und seitens der europäischen Regierungen auch erwünscht. Die aufgepeitschte Berichterstattung über Botscha und der Besuch des damaligen britischen Premiers *Boris Johnson* in Kiew beendeten dann alle Verhandlungsbemühungen auf westlicher Seite. Seitdem ist das Wort «Friede» aus dem Vokabular europäischer Politiker und Journalisten praktisch verschwunden.

Dafür werden die Meinungsführer nicht müde, den erstarkten Nationalismus als Gefahr für den Frieden in Europa zu bezeichnen, sei es in Deutschland, Frankreich, Österreich, Serbien oder, ganz aktuell, in Italien, wo die rechte Politikerin *Giorgia Meloni* neue Premierministerin werden dürfte. Diese Mahner und Warner wären allerdings glaubwürdiger, würden sie nicht die Augen vor den blutigen Taten der ukrainischen Nationalisten verschliessen. Ausserdem waren viele von ihnen 2008 sofort bereit, die Unabhängigkeit des Kosovo zu akzeptieren, während sie nun den Separatismus in der Ostukraine als Verbrechen geisseln. Wie geht das zusammen?

Politiker missachten Volkswillen

Ein anderer Wert, der in unseren Zeitungen oft bemüht wird, ist «Demokratie». Tag für

Tag lesen wir, in der Ukraine würden Europas demokratische Traditionen verteidigt. Aber stimmt das wirklich? Auch in diesem Punkt sind die Widersprüche offensichtlich.

So hat die ukrainische Regierung alle Oppositionsparteien verboten, alle nichtstaatlichen Nachrichtenkanäle geschlossen, alle Minderheitensprachen verbannt (im Osten des Landes mit dem Russischen sogar die Mehrheitssprache), Dutzende von Journalisten und Oppositionellen ermorden lassen, einer galoppierenden Korruption freien Auslauf gewährt, siebzehn Millionen Hektar gutes Agrarland trotz Widerstand in der Bevölkerung an drei amerikanische Konzerne verscherbelt, die männliche Bevölkerung zwangsrekrutiert, Kriegsgefangene hingerichtet, die eigene Zivilbevölkerung als Schutzschild missbraucht, Armee und Verwaltung mit notorischen Neonazis gespickt, um hier nur ein paar Beispiele zu nennen. Ist das wirklich die Demokratie, die wir verteidigen wollen?

Und wenn wir schon bei doppelten Standards sind: Wortreich verdammen westliche Journalisten angebliche Einmischungen Russlands in die Angelegenheiten demokratischer Länder. Aber was berichten sie, wenn zwei amerikanische Sonderstaatsanwälte (*Robert Mueller* und *John Durham*) im Fall der USA keine solche Beeinflussung feststellen? Wenig bis nichts. Gleichzeitig billigen die meisten von ihnen die Einmischungen des Westens in die Politik anderer Länder. Wenn zum Beispiel in der Ukraine eine demokratisch legitimierte prorussische Regierung gestürzt wird wie 2014, und das unter tatkräftiger Mithilfe der Amerikaner, dann sehen darin die wenigsten ein Problem.

Und was ist schliesslich von unserer eigenen Demokratie zu halten, wenn europäische Regierungen einen Krieg unterstützen, ohne ihre Bürger zu befragen? Erinnert sei an die in Deutschland durchgeführte Umfrage, die am 30. August vom Magazin *Stern* veröffentlicht worden ist. Die Zahlen sprechen für sich: 87 Prozent der befragten Deutschen finden, man solle mit *Putin* reden; 77 Prozent von ihnen sind für Friedensverhandlungen; 62 Prozent lehnen die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine ab. Eine Umfrage in Österreich kam zu ähnlichen Ergebnissen. Sollte uns das nicht zu denken geben?

Unterdrückung der Meinungsfreiheit

Die dritte Kategorie von Werten, die wir in der Ukraine angeblich verteidigen, sind die Grundrechte. Dazu gehört die Meinungsfreiheit. Europa stellt sich in diesem Punkt gerne als Vorbild dar, verglichen mit einem Russland, das die Meinungsfreiheit schamlos missachtet. Wie ist es dann aber zu erklären,

dass unsere Medien alle Kriterien für eine objektive Berichterstattung mit Füßen treten, indem sie einstimmig Partei für die Ukraine ergreifen, ohne die Argumente der anderen Seite auch nur zur Kenntnis zu nehmen? *Audiat et altera pars* – man höre auch die andere Seite –, heisst es in den Journalismus-Lehrbüchern. Dieser wichtige Merksatz scheint nicht mehr zu gelten.

Die Politik steht den Medien in nichts nach. Was wir sonst nur aus Diktaturen kennen – die Schliessung missliebiger Redaktionen –, ist nun auch das politische Mittel der Wahl in der angeblich werteorientierten EU. Die Europäische Kommission verbot im Frühling kurzerhand die russischen Medien *RT* und *Sputnik*. Ist das nicht ein krasser Angriff auf die Meinungsfreiheit, selbst wenn man ihn mit dem Vorwand zu rechtfertigen versucht, der «russischen Propaganda» entgegenzuwirken? Seit wann ist Zensur demokratisch und repräsentativ für die Meinungsfreiheit?

Man könnte diese Liste der Grundrechtsverletzungen durch die EU und westliche Staaten um viele Punkte ergänzen. Es sei hier nur auf ein weiteres, besonders beunruhigendes Beispiel hingewiesen: die eklatante Verletzung des Rechts auf Privateigentum. So haben westliche Staaten die Guthaben der russischen Zentralbank und den Privatbesitz von Oligarchen beschlagnahmt. Rechtliches Gehör wurde den Betroffenen verweigert. Was hat das mit der Verteidigung von Menschenrechten zu tun? Europa verspielt gerade, was es über Jahrhunderte stark gemacht hat: die Glaubwürdigkeit seines Rechtsstaats.

Kohlekraftwerke gegen Putin

Die vierte und letzte Kategorie von Werten, die im Ukraine-Krieg verraten wird, sind die Ökologie und der Kampf gegen den Klimawandel. Seit dem Gipfel von Rio 1992 hat sich der Westen – nicht ohne Schwierigkeiten und mit heftigen internen Debatten – als Champion im Kampf für die «Erhaltung des Planeten» und die Entwicklung grüner Technologien aufgespielt. Vor allem den CO₂-Emissionen hat man den Krieg erklärt.

Und heute? Kohlekraftwerke, die noch vor zwölf Monaten als «Skandal» galten, werden in Europa mit dem Segen von Umweltministern wiedereröffnet. Europäische Politiker hofieren Autokraten und Diktatoren auf der ganzen Welt, in der Hoffnung, ein bisschen Gas oder Öl kaufen zu dürfen, das dann unter Einsatz umweltschädlicher Öltanker und Massengutfrachter nach Europa transportiert wird. Schiefgas und Schieferöl, eben noch des Teufels, sind gross in Mode. Und all das, um Wladimir Putin zu boykottieren, der als Präsident Russlands immer bereit war, uns für wenig Geld umweltfreundlicheres Gas und Öl zu liefern?

Ich begann diesen Artikel mit einem Zitat von Timothy Snyder, dem Stichwortgeber dieser falschen Politik. Das Schlusswort gebührt *George F. Kennan*, dem grossen Diplomaten und Theoretiker des Kalten Krieges. Er schrieb 1951: «Die Botschaft, die wir anderen zu vermitteln versuchen, wie auch immer sie aussehen mag, wird nur dann wirksam sein, wenn sie mit unserem eigenen Verhalten übereinstimmt.»

Erstveröffentlichung in der *Weltwoche* vom 1.10.2022; Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Autor und Verlag

Warum führen die westlichen Machteliten ihren Krieg gegen Russland so unerbittlich?

von Karl-Jürgen Müller

Der ehemalige Chefredakteur der «Tribune de Genève» und Grossrat des Kantons Genf *Guy Mettan* hat in der *Weltwoche* vom 1. Oktober 2022 einen sehr lesenswerten Artikel mit der Überschrift «Europa verrät seine Werte» veröffentlicht. Der Untertitel konkretisiert: «Friede, Demokratie, Menschenrechte, Umweltschutz: Im Kampf gegen Russland opfern wir alles, was uns heilig ist». (siehe Seite 1)

Die Missachtung europäischer und universeller Werte durch die westlichen Machteliten ist, so muss hinzugefügt werden, schon lange ein Problem. Immer wieder haben sich aber auch Menschen gefunden, die dem entgegengetreten sind. Die vor fast 30 Jahren gegründete internationale Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik»¹, in der ich mitwirke, ist eines von vielen Beispielen. Schaut man genauer hin, so währt die Missachtung europäischer und universeller Werte eigentlich, seit es so etwas wie den «Westen» gibt. Nur zwischendurch, zum Beispiel nach verheerenden Katastrophen wie dem Zweiten Weltkrieg, haben sich auch grössere Teile der westlichen Machteliten eine Zeit lang besonnen und versucht, der Politik ein neues Gesicht zu geben, eines, das sich an Grundsätzen politischer Ethik² orientiert.

Aber spätestens mit dem vermeintlichen «Sieg» im ersten Kalten Krieg nach 1990/91 haben die westlichen Machteliten zwar sehr laut von ihrer Werte-Mission gesprochen, realiter aber genau das Gegenteil praktiziert.

Keine ethischen Grundlagen

Der Krieg, den die westlichen Machteliten gegen Russland führen, hat also – obwohl genau dies die Kernbehauptung der westlichen Propaganda ist – keine ethischen Grundlagen, sondern andere Ursachen und Ziele. Man muss sich dies immer wieder bewusst machen: Die westlichen Machteliten führen den Krieg gegen Russland nicht so unerbittlich, weil es um die Verteidigung europäischer Werte, um Demokratie oder um heroische Tugenden³ geht. Es geht um etwas anderes.

Dass die westlichen Machteliten Krieg gegen Russland führen, ist offensichtlich:

– Der Informationskrieg gegen Russland arbeitet seit langer Zeit mit Vorurteilen. Schon vor mehr als 20 Jahren hiess es zum Beispiel in einer Forschungsarbeit einer Berliner Universität: «Die Analyse der Russlandberichterstattung in der «FAZ» und im *Spiegel* hat ergeben, dass aus Russland in erster Linie schlechte Nachrichten beziehungsweise «schlechte Ereignisse» übermittelt werden. [...] Es wird mit Stereotypisierungen gearbeitet, um russische Ereignisse zu vermitteln. Der Nachrichtenfaktor «Negativismus» hat also im Falle der Russlandberichterstattung ein sehr grosses Gewicht.»⁴ Forschungen in anderen westlichen Ländern würden zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Seit dem 24. Februar 2022 werden die Vorurteile gegenüber Russland und der russischen Politik jeden Tag gleichgeschaltet in allen westlichen Mainstream-Medien äusserst aggressiv transportiert – mit einer nie dagewesenen Propagandawalze. Dabei sticht die Angst und Hass schürende Dämonisierung des Präsidenten des Landes hervor. Dieser Informationskrieg richtet sich aber nicht nur gegen den «Feind» Russland und Putin, sondern zersetzt mit seiner Verlogenheit und seinen an aggressive Affekte appellierenden Botschaften auch das Zusammenleben in unseren westlichen Gesellschaften.

– Die westlichen Machteliten versuchen mit einem Wirtschaftskrieg ungeheuren Ausmasses (Sanktionen), Russland in die Knie zu zwingen.

– Die westlichen Machteliten beliefern das ukrainische Militär mit riesigen Mengen an Waffen und Munition. Für diese Machteliten sollen vor allem Ukrainer «bis zum letzten Mann» kämpfen. Zugespitzt könnte man auch sagen: Fanatisierte ukrainische Kämpfer sind die «nützlichen Idioten» der westlichen Machteliten. Das war auch schon im Zweiten Weltkrieg so, als die deutsche Wehrmacht die extrem nationalistischen Kräfte um *Stepan Bandera* für ihre Ziele einsetzte. Fanatisch machende Ideologien eignen sich immer wieder besonders gut für solche «Aufgaben».

– Die westlichen Machteliten führen ihren Krieg gegen Russland auch mit direkter Kriegsbeteiligung: bei der Ausbildung ukrainischer Kämpfer, mit Logistikleistungen, militärischer «Aufklärung», militärischer «Beratung», direkten militärischen Befehlen und militärischen Sabotageakten.

Es geht um mehr als um die Zukunft der Ukraine

Die Frage, warum und wozu die westlichen Machteliten all dies tun, kann meiner Meinung nach nicht an den Grenzen der Ukraine haltmachen. So verständlich der Ruf nach einem Waffenstillstand in der Ukraine ist – dieser Ruf darf nicht vernachlässigen, dass es um viel mehr geht und dass dieser Krieg der westlichen Machteliten nicht beendet sein wird, selbst wenn die Waffen in der Ukraine ruhen.

Ich schlage vor, noch einmal die Reden des russischen Präsidenten der vergangenen 22 Jahre bis hin zu seiner letzten ausführlichen Rede am 1. Oktober 2022 zu lesen und unvoreingenommen auf ihren Realitätsgehalt hin zu überprüfen. Möglicherweise findet man auf diesem Weg Antworten auf die Frage nach dem Warum und dem Wozu des unerbittlichen Krieges der westlichen Machteliten gegen Russland. In diesen Reden erfährt man, dass Russland den bisherigen Machtanspruch der westlichen Machteliten radikal in Frage stellt: mit seiner Forderung nach gleichberechtigter Sicherheit für Russland (wie auch für alle anderen Staaten der Welt), mit seiner Forderung nach Beachtung der Grundlagen der Charta der Vereinten Nationen, mit seiner Forderung nach einem eigenständigen russischen Weg in Fragen von Familie, Religion und Nation, mit seiner Forderung nach einer anderen Weltwirtschaft, mit seiner Forderung nach einem anderen Weltfinanzsystem, mit seiner Kritik am westlichen Imperialismus und Neokolonialismus.

Wie der Krieg enden kann

Der Krieg der westlichen Machteliten kann auf verschiedene Art und Weise beendet werden:

– Die schlimmste Variante ist der totale Krieg, der in einem nuklearen Inferno

endet. Einige westliche Medien, auch in der Schweiz, schreien geradezu – *Goebels* gleich – nach einem solchen totalen Krieg – und nennen es perverserweise auch noch «Solidarität». *Gott bewahre uns davor!*

– Eine militärische und politische Niederlage Russlands würde die westlichen Machteliten triumphieren lassen. Für die Welt insgesamt wäre dies kein gutes Ende.

– Die westlichen Machteliten besinnen sich nach gewichtigen militärischen und/oder politischen Erfolgen Russlands und/oder auf Grund der Erkenntnis der Aussichtslosigkeit bzw. der zu hohen Kosten einer Fortsetzung des Krieges und suchen «realpolitisch» nach einem neuen *modus vivendi*. Das gäbe Luft zum Atmen. Aber man täusche sich nicht: Auch die Zeit der Entspannungspolitik im ersten Kalten Krieg war ein *modus vivendi* auf dünnem Eis. Das hat die erste Hälfte der achtziger Jahre gezeigt.

– Die Völker der westlichen Welt finden den Mut, um einen mitmenschlich gangbaren Weg zu beschreiten, der ihre Machteliten in Pension schickt und gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Verhältnisse aufbaut, die sich an den Grundsätzen politischer Ethik orientieren. Das ist weiterhin ein Ideal, an dem sich zu arbeiten lohnt. •

¹ vgl. Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (Hrsg.). *Mut zur Ethik. Eine Bestimmung auf gesellschaftliche Grundnormen und moralische Grundhaltungen im Individuum*, Band zum Kongress vom 24. bis 26. September 1993 in Bregenz, ISBN 3-906989-35-6 und insbesondere die dort verabschiedeten Thesen auf den Seiten 543ff.

² vgl. zur Grundlegung: Sutor, Bernhard. *Politische Ethik. Gesamtdarstellung auf der Basis der Christlichen Gesellschaftslehre*, 1992 (2. Auflage), ISBN 3-506-79090-0

³ Die Begriffe beziehen sich auf den Artikel von *Guy Mettan* in der *Weltwoche* vom 1.10.2022 und auf Seite 1 dieser Zeitung.

⁴ Crudopf, Wenke. *Russland-Stereotypen in der deutschen Medienberichterstattung*. (Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Arbeitsschwerpunkt Politik, 29). Berlin: Freie Universität Berlin, Osteuropa-Institut, 2000, S. 42

Die unwiderstehliche Anziehungskraft der BRICS

von Daniel Kersfeld, Argentinien

Der Beitritt zu den BRICS könnte eine der wichtigsten aussenpolitischen Initiativen Argentinien in den letzten Jahren werden.

Die BRICS, die sich aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika zusammensetzen, bilden derzeit eine globale Achse von immer grösserer Bedeutung, deren politische und wirtschaftliche Wirkungskraft in den kommenden Jahrzehnten noch stärker spürbar sein wird, wenn sich eine neue multipolare Geopolitik konsolidiert, die in der Lage ist, ein Gegengewicht zu der scheinbar allmächtigen Macht zu bilden, die die Vereinigten Staaten heute darstellen.

Nach Angaben der *Weltbank* machen die Länder, die heute zu den BRICS gehören, zusammen 22 % der weltweiten Landfläche, 42 % der Weltbevölkerung und 26 % des weltweiten BIP aus und verfügen über 4 Billionen Dollar an Devisen.

Nach Angaben des *Internationalen Währungsfonds* ist China die grösste Volkswirtschaft der Gruppe mit mehr als 70 % der gemeinsamen Wirtschaftskraft, gefolgt von Indien mit 13 %, Russland und Brasilien mit jeweils etwa 7 % und schliesslich Südafrika mit 3 %.

In diesem entscheidenden Moment liegt die Stärke dieses Bündnisses vor allem in der Partnerschaft zwischen China als der weltweit führenden Handelsnation und Russland als dem weltweit führenden Energielieferanten. Während Indien bereits eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte ist, die sich auf den Export von natürlichen Ressourcen und Getreide stützt, stärkt Brasilien seine Position als einer der Hauptakteure auf der globalen Agrar- und Ernährungsszene, und Südafrika entwickelt sich zu einer Schlüsselnation bei der Lieferung von Metallen und Mineralien mit weitreichenden technologischen Anwendungsmöglichkeiten.

Der Beitritt Argentinien zu den BRICS, der vor allem von Indien, Russland und China (das derzeit den Vorsitz dieser Länder-

gruppe innehat) unterstützt wird, beruht auf seiner Kapazität, Nahrungsmittel wie Soja und Getreide sowie strategische Ressourcen wie Erdgas, Schiefergas, verschiedene Mineralien und vor allem das zunehmend wertvolle Lithium zu liefern. Darüber hinaus verfügt Argentinien über ein voll ausgereiftes wissenschaftliches Potential, einschliesslich der Spezialisierung auf Biotechnologie und angewandte Logistiktechnologie.

In den letzten Jahren hat jedoch nicht nur Argentinien seine Absicht bekundet, dem Block beizutreten: Derzeit gibt es etwa zwanzig Nationen aus allen Kontinenten, deren Regierungen den Beitritt beantragen. Und gegen die unbegründete Auffassung, nur Regierungen, die mit der Achse Moskau-Peking sympathisieren, wollten beitreten, genügt ein Blick auf die Ausrichtung einiger Bewerberregierungen, zum Beispiel im Nahen Osten.

In diesem Sinne haben sich neben dem Iran auch Regierungen, die der Nato angehören, für eine Mitgliedschaft ausgesprochen, z. B. die Türkei sowie Länder, die historisch mit den Vereinigten Staaten verbündet sind, wie Saudi-Arabien und in jüngerer Zeit Ägypten und sogar die Vereinigten Arabischen Emirate, einer der Protagonisten des von Washington seit 2020 geförderten *Abraham-Abkommens*¹.

Die Anziehungskraft, die heute von den BRICS ausgeht, droht traditionelle Allianzen und sogar historische Rivalitäten zu überwinden, z. B. solche, die noch immer von mehreren Staaten des Nahen Ostens aufrechterhalten werden. Es wäre daher nicht verwunderlich, wenn die Erweiterung dieses Blocks dazu beiträgt, einen grossen Teil der internationalen Beziehungen umzuschreiben, mit denen die Vereinigten Staaten in den letzten 30 Jahren die geopolitische Landkarte eines grossen Teils der Welt gestaltet haben.

Die BRICS sind nicht mehr jene Gruppe von Schwellenländern, die 2006 ins Leben

gerufen und 2009 als Reaktion auf die Finanzkrise gegründet wurde, die ein Jahr zuvor in den USA ausgebrochen war und sich bald darauf auf den gesamten Globus ausbreitete. Heute verfolgen die BRICS ein Entwicklungsmodell, das die Grundwerte des neoliberalen Kapitalismus in Frage stellt.

So setzen sich die BRICS heute für ein Entwicklungsmodell ein, das auf der Süd-Süd-Zusammenarbeit und der zunehmenden Vernetzung von Nationen mit komplementären Volkswirtschaften und ähnlichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zielen beruht.

Aus diesem Grund und wie von der FAO anerkannt, ist eines der ehrgeizigsten Ziele dieses Blocks eine Führungsrolle in der Politik zur Beseitigung von Hunger und Armut bis 2030, dank der gemeinsamen Produktion von mehr als einem Drittel des weltweiten Getreides.

Obwohl die BRICS seit ihrer Gründung als Bündnis verschiedene schwierige Momente durchlaufen haben, die durch den Handelskrieg zwischen China und den Vereinigten Staaten und die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie gekennzeichnet waren, stellt die aktuelle Krise in der Ukraine die grösste Herausforderung für ihr Überleben dar.

Doch die Sanktionen der USA und der Nato-Regierungen gegen Russland, die daraus entstandenen Einschränkungen und die Suche nach Lösungen haben die Bindungen des Blocks nur gestärkt und ihn auf der Grundlage konkreter Vorschläge und langfristiger Initiativen in die Zukunft geführt.

Die Aufnahme Argentinien in die BRICS würde somit inmitten des fortschreitenden Bankrotts des internationalen Finanzsystems erfolgen, das mit der zunehmenden Schwäche des Dollars, einer drohenden Inflation, die durch die Ausweitung der Geldmenge aufrechterhalten wird, und einem Haushaltsdefizit, das sich nach Angaben des *US Congressio-*

nal Budget Office im Jahr 2022 auf mehr als 1000 Billionen Dollar belaufen dürfte, bereits deutliche Anzeichen von Abnutzung zeigt und ausser Kontrolle geraten ist.

In diesem Sinne zielt das ehrgeizigste Projekt, das vor allem von Russland und China vorangetrieben wird, gerade auf die Entdollarisierung als zentraler Bestandteil der Souveränität ab, um lebenswichtige Produktionsmittel gegen die Hegemonie der Vereinigten Staaten und ihre permanente wirtschaftliche Belagerungspolitik zu schützen.

Auf diese Weise nehmen die BRICS lediglich einen Prozess vorweg, den viele politische und wirtschaftliche Analysten für unumkehrbar halten. Die Einführung einer differenzierten Reihe von Währungen als Alternative zum Dollar wird zum Aufbau einer multipolaren Welt beitragen und gleichzeitig den Ländern, die diesen expandierenden Block bilden, Sicherheit geben, ohne von aussen aufgezwungene oder gar erpresserische Bedingungen.

Die BRICS wecken heute wieder die Hoffnung auf ausgeglichene Machtverhältnisse in der Welt, in der scheinbar unbezwingbare Mächte ihre Grenzen und Schranken finden könnten. Die Überwindung des Neoliberalismus und seiner schlimmsten Folgen, des Hungers und des Elends von Millionen von Menschen auf der ganzen Welt, könnte in den kommenden Jahrzehnten zur Realität werden. Der baldige Beitritt Argentinien zu diesem Block ist zweifellos eine gute Nachricht. •

¹ «Vertrag des Friedens, der diplomatischen Beziehungen und der vollständigen Normalisierung zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Bahrein» vom 15.9.2020 unterzeichnet in Washington D.C.

Quelle: *Página 12* vom 11. Oktober 2022; <https://www.pagina12.com.ar/autores/422097-daniel-kersfeld>

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Der Nicht-Westen koaliert

von Patrick Lawrence



(Bild: zvg)

Patrick Lawrence, langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein letztes Buch ist «Time No Longer: Americans after the American Century», Yale, 2013. Auf Twitter fand man ihn bei @thefloutist, bis er ohne Begründung zensiert wurde. Seine Webseite lautet patricklawrence.us. Unterstützen Sie seine Arbeit über [patreon.com/thefloutist](https://www.patreon.com/thefloutist).

In Wien, wo die Organisation erdölexportierender Länder, die jetzt unter dem Namen OPEC+ bekannt ist und die Russische Föderation einschliesst, zu ihrer ersten persönlichen Sitzung seit 2020 zusammengekommen ist, ist gerade einiges passiert. Es handelt sich um etwas von epochaler Bedeutung, auch wenn Sie das nicht wissen, wenn Sie sich nur auf die Berichte in unseren konzerngesteuerten Medien verlassen.

Die Welt nimmt gerade eine bedeutende Wendung ins 21. Jahrhundert. Lassen Sie uns auf dem laufenden bleiben und diejenigen, die sich weigern, dies zu sehen, sich selbst überlassen.

Präsident Biden, der nicht intelligent genug ist, um die sich abzeichnende neue Ära zu verstehen, und dem die Interessen und Bestrebungen anderer gleichgültig sind, hat in kürzester Zeit ein so grosses Durcheinander angerichtet, wie es nur möglich war. Jetzt droht er Saudi-Arabien, das gemeinsam mit der Russischen Föderation den Vorsitz der OPEC+ führt, mit «Konsequenzen» für das, was in Wien geschehen ist. Das ist es, was Imperien tun, wenn ihre Vormachtstellung bedroht ist – sie ermutigen genau die Strömungen in der Geschichte, die sie unbedingt stören wollen.

OPEC+-Entscheidung – «eine ziemlich grosse Sache»

Wie überall berichtet wird, hat die OPEC+ beschlossen, die Ölproduktion der Mitgliedsländer ab dem nächsten Monat um zwei Millionen Barrel pro Tag zu reduzieren. Dies könnte auf eine tatsächliche Kürzung um die Hälfte hinauslaufen, da viele OPEC+-Mitglieder – Nigeria zum Beispiel – ihre Quoten ohnehin nicht erreicht haben. Aber die Ölpreise steigen bereits, und das werden wir bald an unseren Tankstellen sehen. Der Anstieg der Einzelhandelspreise dürfte die politischen Geschicke der Regierung Biden und der Demokraten im Capitol Hill kurz vor den Zwischenwahlen erschweren. Also, eine ziemlich grosse Sache.

Aber das ist noch nicht alles, was in Wien passiert ist. Saudi-Arabien, lange Zeit die treibende Kraft in der OPEC, hat seine lange Geschichte der Unterwürfigkeit gegenüber Washington, bei der die Ölförderung gegen Sicherheitsgarantien eingetauscht wurde, für beendet erklärt. Einer der wichtigsten Verbündeten Washingtons im Nahen Osten, nämlich Israel, hat soeben einen wichtigen Schritt in Richtung eines Zusammenschlusses der nicht-westlichen Staaten zu einem kohärenten Block unternommen, der in seinem eigenen Interesse handelt.

Die neue Weltordnung rückt näher

Das ist mehr als nur eine ziemlich grosse Sache. Es bringt uns der neuen Weltordnung erheblich näher, von der Russland und China, die beiden einflussreichsten nicht-westlichen Nationen, seit mehreren Jahren sprechen, insbesondere seit der Machtübernahme durch die Regierung Biden in Washington im Januar 2021. Innerhalb weniger Monate kamen Peking und Moskau zu dem Schluss, dass es keinen Sinn macht, mit einer Nation zusammenzuarbeiten, die, auch wenn ihre Macht schwindet, nicht die Absicht hat, mit ihnen auf Augenhöhe zum gegenseitigen Wohl zu

«Auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen, behaupte ich seit Jahren, dass die Parität zwischen dem Westen und dem Nicht-Westen ein Gebot des 21. Jahrhunderts ist – eine Unvermeidlichkeit, unabhängig davon, ob irgendjemand irgendwo dies so wünscht oder nicht.»

kooperieren. Seitdem hatten zahlreiche andere Nationen wenig Mühe zu erkennen, woher der Wind weht.

Die Ukraine-Krise hat diesem geopolitischen Trend einen neuen Impuls gegeben. Nationen, die mehr als 80 Prozent der Weltbevölkerung und einen ebensolchen Prozentsatz des globalen Bruttoinlandsprodukts repräsentieren, sind durchaus in der Lage, die gezielten Provokationen der Biden-Regierung zu erkennen und nicht zu akzeptieren.

Partnerschaften, die nur knapp an Allianzen vorbeigehen – ein Begriff der Staatspolitik, der ausdrückliche Verpflichtungen zur gegenseitigen Verteidigung beinhaltet – haben sich seit dem Amtsantritt von Joe Biden so schnell vermehrt, dass es schwer ist, den Überblick zu behalten. Russlands «grenzenlose» Beziehung zu China ist der wichtigste Fall. Russland hat in letzter Zeit seine kooperativen Beziehungen zum Iran ausgebaut. Das Gleiche gilt für China, für Iran und Venezuela, China und Kuba, China und Nicaragua – die Liste geht weiter. Gerade jetzt entwickeln Moskau und Peking Partnerschaften verschiedener Art in Afrika, dem Nahen Osten und Asien.

Aber diese Länder befinden sich im Grosen und Ganzen jenseits der Zaunpfähle Washingtons, wie man unschwer feststellen kann: Die politischen Cliquen haben sie nämlich als Feinde ausgemacht. Gegen jedes der genannten Länder werden derzeit Sanktionen verhängt. Nebenbei bemerkt, muss ich mich fragen, was passiert, wenn der überwiegende Teil der Welt mit Ausnahme der Anglosphäre und Westeuropas auf diese Weise verurteilt wird, aber das ist ein anderes Thema.

«Eine kritische Unterscheidung»

Mit der OPEC+-Entscheidung ist es an der Zeit, eine kritische Unterscheidung zu treffen.

Beim Gipfeltreffen von Wladimir Putin und Narendra Modi in Neu-Delhi im vergangenen Dezember haben der russische Präsident und der indische Premierminister nicht weniger als 28 Abkommen über die Zusammenarbeit in allen Bereichen geschlossen – Investitionen, Technologietransfer, Energie, Verteidigung. Hervorzuheben ist die Absicht Indiens, eine Kopie des russischen Flugabwehrsystems S-400 zu erwerben. Es ist für Washington jedes Mal ein Stein des Anstosses, wenn eine Nation ein solches System kauft.

Seitdem hat die Türkei mehrfach signalisiert, dass sie ungeachtet ihrer Nato-Mitgliedschaft zunehmend geneigt ist, ihr Los mit nicht-westlichen Nationen zu teilen. Sie war Beobachter beim jüngsten Gipfel der Eurasischen Wirtschaftsunion in Samarkand. Es wird über eine Mitgliedschaft im BRICS-Miniblock gesprochen, der inzwischen aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika besteht. Auch Ägypten unter dem böserartigen Abdel Fattah el-Sisi und Argentinien unter seinem recht denkenden Präsidenten Alberto Fernández wollen sich um die Mitgliedschaft bewerben.

Indien, die Türkei, Argentinien, Südafrika, Ägypten: Das sind keine Nationen, die Washington gerne als Parias, Schurken, Ausgestossene oder Autokratien abtut, die von «Schlägern» geführt werden – ein Lieblingswort des verschlagenen Biden – auch wenn einige von ihnen es verdienen. Das verändert das Gesamtbild des von mir beschriebenen

Zusammenschlusses. Wir sprechen jetzt über Staaten, die die USA als Freunde der einen oder anderen Art betrachten.

In diesem Zusammenhang gibt es einen wichtigen Punkt zu beachten. Die politischen Cliquen und die Schreiberlinge in der Presse, die ihnen dienen, lieben es, den wachsenden nicht-westlichen Block als anti-amerikanisch darzustellen, getrieben von Hass oder Neid oder was auch immer diesen Leuten einfällt. In der Berichterstattung über das OPEC+-Treffen heisst es, die Saudis hätten sich «auf die Seite Russlands» gegen die USA gestellt. «Verärgert über die Entscheidung des Königreichs, sich mit Russland zusammenzutun», berichtete die «New York Times» letzte Woche, «signalisierte Präsident Biden Bereitschaft zu Vergeltungsmassnahmen.»

Wie sollen wir das nennen, liebe Leser? Entweder ist es Blindheit oder Narzissmus oder beides, ich schlage Letzteres vor. Da sich der Nicht-Westen für konstruktive Massnahmen, gegenseitigen Nutzen und (nicht zu vergessen) Nichteinmischung einsetzt, ist der einzige Punkt, wogegen sie sind, die globale Unordnung, und die einzigen Nationen, gegen die sie sind, sind die, die dafür verantwortlich sind.

Saudi-Arabien hat aus eigenem Antrieb gehandelt

Und nun zu Saudi-Arabien: Dies ist ein weiteres Land, das Sie nicht mit nach Hause zu Ihrer Mutter nehmen möchten, aber Washington hat seit den frühen 1930er Jahren, als die Roosevelt-Regierung und das Haus Saud die Vereinbarung Öl gegen Sicherheit ausarbeiteten (und Standard Oil of California eine Bohrkonzession erhielt), nur wenige Freunde im Nicht-Westen, die Riad näher stehen. Seit letzter Woche scheinen die Saudis, die – lassen Sie uns das nicht vergessen – auch die Mitgliedschaft in der BRICS anstreben, diese lange Party für beendet zu erklären.

In westlichen Presseberichten wurde die Anwesenheit von Alexander Novak, dem stellvertretenden Premierminister Moskaus, in Wien hervorgehoben, der Berichten zufolge im Vorfeld der OPEC+-Entscheidung zur Kürzung der Förderquoten einige Vorarbeit geleistet hat. Aber jeder Gedanke, dass diese Rrrrrrussen die Produktionskürzung durchgepeitscht haben, ist nur ein Ausweichen vor einer Realität, die Washington nur schwer ertragen kann. Die Saudis haben schlicht und ergreifend aus eigenem Antrieb gehandelt. Mohammed bin Salman (MbS), der Kronprinz und faktische Führer des Königreichs, ist für viele Dinge bekannt, und ein Mann mit eigenem Kopf zu sein ist eines davon (im Guten wie im Schlechten). Prinz Abdulaziz bin Salman, der saudische Ölminister, ist der Halbbruder von MbS.

Es gibt viele Gründe, warum Riad als Kovorsitzender der OPEC+ diese Entscheidung getroffen hat. Ihre erklärte Absicht ist es, die Preise zu schützen, da die weltweite Ölnachfrage auf Grund des langsamen Wachstums und der steigenden Inflation – dem Stagflationssyndrom –, das durch die US-Sanktionen gegen Russland erzwungen wird, rapide abnimmt.

Hinzu kommt die von Washington vorgeschlagene Preisobergrenze für russische Öl-Exporte – eine der dümmsten Ideen, die die politischen Eliten der USA seit Jahrzehnten haben. Der Käufer nennt dem Verkäufer den Preis der Waren? Wie bitte? Es hat wenig bis

gar keine Chance zu funktionieren, aber MbS fragt sich ganz sicher: Wenn diese Amerikaner den russischen Ölpreis 2022 deckeln, wie lange dauert es dann, bis sie uns angreifen?

Die Sache mit Joe Biden

Dann ist da noch die Sache mit Joe «Niemand legt sich mit einem Biden an» Biden (und was für ein geschliffener Präsident er ist). Ich kann mich nicht entscheiden, ob er ein Schlemihl [Tollpatsch] oder ein Schlimazel [Pechvogel] ist – wie ein jiddisch sprechender Freund sagt, der Kerl, der beim Abendessen eine Flasche Wein umstösst oder der Mann, in dessen Schoss der Wein verschüttet wird. Nachdem ich Joes Jahre im Senat und nicht ganz zwei Jahre im Weissen Haus verfolgt habe, gebe ich auf: Er schafft es, beides zu sein.

Während seiner 2020-Kampagne bezeichnete Biden Saudi-Arabien als Paria, um die progressive Erdnuss-Galerie zum Jemen-Krieg ruhig zu halten, jedoch ohne die Absicht, die Unterstützung der USA für den Krieg zu verringern. Als die Lage auf Grund der Sanktionen gegen Russland brenzlig wurde, reiste unser Präsident nach Dschidda, schlug während eines offensichtlich gereizten Gipfels die Fäuste mit MbS zusammen und dachte offenbar, dass auf der Seite der Ölproduktion alles in Ordnung wäre. Vor der OPEC+-Sitzung flogen Regierungsvertreter nach Riad und flehten MbS praktisch an, zumindest bis nach den Zwischenwahlen keine Produktionskürzung anzukündigen.

Was für ein Bett unser Joe und die überzeugten Schlemihls, die Amerikas Aussenpolitik leiten, für sich und den Rest von uns bereitet haben, um sich da hineinzulegen? Wieder einmal beweist der Mann aus Scranton, was er schon immer war: ein Provinzpolitiker, der glaubt, er könne in der ganzen Welt Schlangengöl verkaufen, so wie er es im Bundesstaat Delaware [für den Biden 1973–2009 Senator war] schon lange getan hat, und der keine Ahnung davon hat, was verantwortungsvolle Staatskunst ausmacht.

Handeln in aufgeklärtem Eigeninteresse

Ich bezweifle nicht, dass MbS' Respektlosigkeit gegenüber einem Clown mit schwindenden geistigen Fähigkeiten es ihm leichter gemacht hat, gegen die USA und insbesondere gegen das Weisse Haus von Biden vorzugehen. Meiner Meinung nach hat er sich den Russen und Chinesen angeschlossen und ist zu dem Schluss gekommen, dass man mit einem so unseriösen Regime einfach nicht zusammenarbeiten kann. Aber die Saudis scheinen nicht mehr als irgendeine andere Nation des sich versammelnden nicht-westlichen Blocks dazu geneigt zu sein, ihre Politik aus Boshaftigkeit oder Verachtung zu gestalten. Riad handelte in seinem eigenen Interesse, wie es dieses sieht.

Auf die Frage, ob die OPEC+-Entscheidung ein Akt der Aggression sei, antwortete Prinz Abdulaziz, der saudische Ölminister: «Zeigen Sie mir genau, wo der Akt der Aggression liegt.»

Aber eben. Du kannst Gift darauf nehmen, wie einer meiner Redakteure zu sagen pflegte, es war ein amerikanischer Korrespondent, der die Frage gestellt hat: Man muss schon Amerikaner sein, um die Ereignisse so egozentrisch zu sehen, als ob sich die Welt um Washington dreht, so wie Ptolemäus dachte, die Sonne und alle Planeten würden sich um die Erde drehen.

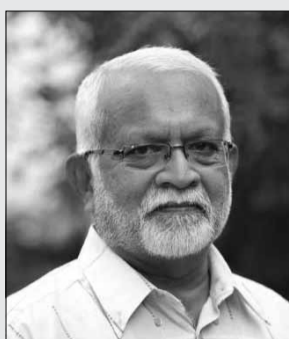
«Die Saudis haben sich auf die Seite Russlands gestellt» ist nichts anderes als eine Variation des ptolemäischen Themas, eine Wiederholung von Bush IIs «Ihr seid für uns oder gegen uns»-Grundsatz, über den sich viele von uns damals lustig gemacht haben, den sie heute aber für eine vollkommen rationale Art halten, die Welt aufzuteilen.

Die Ideologie, um das klarzustellen, hatte nichts mit der OPEC+-Entscheidung zu tun und hat nichts damit zu tun, dass sich der Nicht-Westen zu einer Art angefangenem Partnerschaftsnetzwerk zusammengefunden hat. Aufgeklärtes Eigeninteresse – diese alte Phrase in einem neuen Kontext – ist die treibende Kraft dieser Entwicklung in den globalen Angelegenheiten.

«Das ist mehr als nur eine ziemlich grosse Sache. [...] Innerhalb weniger Monate kamen Peking und Moskau zu dem Schluss, dass es keinen Sinn macht, mit einer Nation zusammenzuarbeiten, die, auch wenn ihre Macht schwindet, nicht die Absicht hat, mit ihnen auf Augenhöhe zum gegenseitigen Wohl zu kooperieren. Seitdem hatten zahlreiche andere Nationen wenig Mühe zu erkennen, aus welcher Richtung der Wind weht.»

OPEC-Schlag gegen Präsidentschaft von Biden

von M. K. Bhadrakumar



M. K. Bhadrakumar
(Bild zvg)

M. K. Bhadrakumar hat rund drei Jahrzehnte als Karrierediplomat im Dienst des indischen Aussenministeriums gewirkt. Er war unter anderem Botschafter in der früheren Sowjetunion, in Pakistan, im Iran und in Afghanistan sowie in Südkorea, Sri Lanka, Deutschland und in der Türkei. Seine Texte beschäftigen sich hauptsächlich mit der indischen Aussenpolitik und Ereignissen im Mittleren Osten, in Eurasien, in Zentralasien, Südostasien und im Pazifischen Asien. Sein Blog heisst *Indian Punchline*.

Die Regierung von Joe Biden verbreitet eilig das Narrativ, dass die jüngste Entscheidung der OPEC, die Ölproduktion um zwei Millionen Tonnen zu kürzen, eine geopolitische «Gleichschaltung» von Saudi-Arabien und Russland sei. Damit wird die Russophobie im Beltway angestachelt und die Aufmerksamkeit von der demütigenden Niederlage der persönlichen Diplomatie von Präsident Biden mit Saudi-Arabien abgelenkt. Aber diese Aufmerksamkeit ist auch nicht unbegründet.

Die Aussenpolitik, die als Bidens Stärke galt, entpuppt sich als Untergang, als *Nemesis*. Ein schmachvolles Ende ist nicht unwahrscheinlich; wie bei Jimmy Carter könnte Westasien zur Grabstätte seines sorgfältig gepflegten Rufs werden.

Das Ausmass dessen, was sich hier abspielt, ist einfach atemberaubend. Biden hat mit Verspätung erkannt, dass die territorialen Eroberungen in der Ukraine nicht der Kernpunkt sind, sondern der Wirtschaftskrieg und damit der Energiekrieg, der sich in den letzten acht Monaten nach den westlichen Sanktionen gegen Russland angebahnt hat.

Wer gewinnt den Energie- und Wirtschaftskrieg?

Das Paradoxe daran ist, dass Biden selbst dann, wenn Selenski den Krieg gewinnt, den Krieg verloren hätte, wenn er nicht den Energiekrieg und auch den Wirtschaftskrieg gewinnt.

Präsident Wladimir Putin hat ein solches Ergebnis bereits 2016 ins Auge gefasst, als sich am Rande des G20-Gipfels in Hangzhou die verlockende Idee einer OPEC+ zwischen ihm und dem damaligen stellvertretenden saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman herauskristallisiert hat.

Damals schrieb ich: «Eine Einigung zwischen Russland und der OPEC hat das Potential, die geopolitischen Ausrichtungen im Nahen Osten völlig zu verändern [...]». Diese Verschiebung kann sich nur auf das Petrodol-

lar-Recycling auswirken, das – historisch gesehen – eine robuste Säule des westlichen Finanzsystems war. Auch in strategischer Hinsicht wird der Versuch Washingtons, Russland zu «isolieren», unwirksam gemacht.» Das war vor sechs Jahren (siehe «Pay heed to the butterfly effect of Putin-Salman oil deal in Hangzhou», *Asia Times* vom 7. September 2016).

«Die Trümmer, die Biden heute umgeben»

Die Trümmer, die Biden heute umgeben, sind ein grosser unordentlicher Haufen. Er hat nicht bemerkt, dass die russische Offensive in der Ukraine nur deshalb so lasch vor sich ging, weil Putin sich auf den Wirtschaftskrieg und den Energiekrieg konzentrierte, deren Ausgang über die Zukunft der globalen Hegemonie der USA entscheiden wird, die auf den Dollar als Reservewährung angewiesen ist.

Anfang der 1970er Jahre hat Saudi-Arabien vereinbart, dass der Ölpreis in Dollar festgelegt wird und dass Öl, der meistgehandelte Rohstoff der Welt, international in Dollar gehandelt wird, was praktisch bedeutet, dass jedes Land auf der Welt Dollarreserven halten muss, um Öl kaufen zu können. Die USA verpflichteten sich natürlich im Gegenzug, allen Ländern freien Zugang zum Dollar zu gewähren.

Das Ende der Dollarherrschaft?

Diese Zusicherung hat sich jedoch als falsch erwiesen, seitdem der Dollar zu einer Waffe geworden ist und die USA in absurder Weise versucht haben, sich die Dollarreserven anderer Länder anzueignen. Es überrascht nicht, dass Putin auf die Notwendigkeit der Schaffung einer alternativen Reservewährung zum Dollar hingewiesen hat, und das findet in der Weltöffentlichkeit Anklang.

Alles deutet darauf hin, dass das Weisse Haus, anstatt sich zu besinnen, neue Formen der Bestrafung von Saudi-Arabien und Russland in Betracht zieht. Während es schwierig ist, Russland zu «bestrafen», da die USA alle Optionen ausgeschöpft haben, denkt Biden wahrscheinlich, dass die USA Saudi-Arabien an der Gurgel haben: als Waffenlieferant und Verwahrer der massiven saudischen Reserven und Investitionen und als Mentor der saudischen Eliten.

Brian Deese, der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats, sagte am Donnerstag zu Reportern: «Ich möchte in dieser Sache [OPEC-Produktionskürzung] klarstellen, dass der Präsident angeordnet hat, dass wir alle Optionen auf dem Tisch haben, und das wird auch weiterhin der Fall sein.» Bereits am Donnerstag hatte Biden selbst gegenüber Reportern erklärt, dass das Weisse Haus «Alternativen prüft».

Weder Biden noch Deese nannten explizit, was diese «Alternativen» sein könnten, ausser dass sie noch einmal betonten, sie seien in der Lage, auf die strategischen Erdölreserven zurückzugreifen, auf die Energieunternehmen einzuwirken, um die Verbraucherpreise zu senken, und mit dem Kongress zusammenzuarbeiten, um rechtliche Optionen zu prüfen.

ser Betrieb gesetzt wurden. Erdoğan wies auch darauf hin, dass die Türkei als Transitland fungieren kann, um russische Düngemittel zu den weniger entwickelten Ländern zu bringen, die sie am dringendsten benötigen.

So beendete Erdoğan, der stets darauf bedacht ist, in der Weltpolitik wichtig zu erscheinen, sein Gespräch mit Putin über diese Themen:

«Wir können zusammenarbeiten, weil wir uns mehr um die armen Länder kümmern als um die reichen Staaten. So sollten wir uns das vorstellen, und wenn wir das tun, werden wir in der Lage sein, viel zu verändern – das Gleichgewicht zu Gunsten der armen Länder zu verändern.»

Die Türkei und Russland sind zusammen. Ich weiss, dass einige unserer Schritte einige Kreise und Länder beunruhigen werden, aber wir sind voller Entschlossenheit. Unsere zuständigen Gremien, unsere Kollegen [in unseren Ministerien], werden Kontakte herstellen und unsere Beziehungen stärken.»

Biden hat sich der Lächerlichkeit preisgegeben

Das ist ein aussenpolitisches blaues Auge für Biden, der sich wegen seiner Reise nach Saudi-Arabien im Juli, die von Demokraten und Republikanern gleichermaßen kritisiert wurde, der Lächerlichkeit preisgegeben hat. Die politischen Eliten der USA halten die Entscheidung der OPEC für einen gezielten saudischen Schachzug, um Biden und die Demokraten im Vorfeld der Wahlen im November zu schwächen.

Verändertes Sicherheitsbild in Westasien

Dies könnte Auswirkungen haben, die über die Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien hinausgehen und das Sicherheitsbild in Westasien mehr verändern als alles andere seit der iranischen Revolution von 1979. Schon jetzt bewegt sich die *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit* (SOZ) auf Westasien zu, indem der Iran ihr beitrifft und Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, Bahrain, Kuwait und Ägypten den Status eines Dialogpartners erhalten und die Türkei eine Vollmitgliedschaft anstrebt. Der SOZ-Gipfel in Samarkand hat einen Fahrplan für die schrittweise Erhöhung des Anteils der nationalen Währungen an den gegenseitigen Zahlungen aufgestellt und damit die Ernsthaftigkeit dieser Absicht unterstrichen.

Die amerikanische Rüstungsindustrie wird sich allen Versuchen, ihre Geschäfte in Saudi-Arabien rückgängig zu machen, hartnäckig widersetzen. Sie hat extrem enge Beziehungen zur Regierung Biden. Aber Washington könnte auf eine Art Regimewechsel in Riad hinarbeiten. Prinz Salman hat gesagt, es sei ihm «egal», ob Biden ihn missversteht. Es gibt wenig Zuneigung zwischen den beiden. Der Punkt ist, dass es sich hier nicht nur um einen Schluckauf handelt.

Regimechange-Politik hat ausgedient

Eine farbige Revolution ist unrealistisch, doch ein Palastputsch, um Prinz Salman an der Nachfolge zu hindern, wäre durchaus möglich. Aber das ist riskant, denn ein Putschversuch wird wahrscheinlich scheitern. Selbst wenn er gelingt: Wird ein Nachfolge-regime in der Region legitimiert sein und in der Lage sein, die Kontrolle zu übernehmen? Eine chaotische Situation wie im Irak nach Saddam Hussein könnte die Folge sein. Die Folgen können für die Stabilität des Ölmarktes katastrophal sein und die Weltwirtschaft ins Wanken bringen. Es könnte zu einem Aufschwung islamistischer Gruppen führen.

Was Biden ärgert, ist, dass sein letzter Trumpf, die hohen Öleinnahmen Russlands zu reduzieren, ohne das Angebot durch eine «Preisobergrenze» zu drücken, in Wirklichkeit ein grosses Problem ist, das jetzt viel schwerwiegender geworden ist. Daher auch Bidens Wut darüber, dass sich die Saudis auf die Seite Russlands geschlagen haben, das nun nicht nur von den höheren Ölpreisen vor einer Preisobergrenze profitieren wird, sondern, falls Russland tatsächlich jemals aufgefordert wird, Öl mit einem Preisnachlass

zu verkaufen, zumindest die Reduzierung auf einem höheren Preisniveau beginnen wird!

Die «Financial Times» schreibt: «Es ist unwahrscheinlich, dass das Königreich und seine Verbündeten am Golf Russland den Rücken zukehren werden. Die Golfstaaten haben sich nicht gegen die Invasion in der Ukraine ausgesprochen, und Russland näher an die OPEC heranzuführen ist ein langfristiges Ziel.»

Die Beschlagnahmung russischer Dollar-Reserven wird zum Bumerang

Der Kern der Sache ist, dass das, was Biden Russland angetan hat, indem er sich die Reserven des Landes geschnappt hat, die Saudis und andere Golfregime nur verunsichern kann. Sie sehen in dem jüngsten «Preisobergrenzen»-Projekt gegen Russland einen gefährlichen Präzedenzfall, der eines Tages zu Versuchen der USA führen könnte, die Ölpreise zu kontrollieren, und sogar zu einem direkten Angriff auf die Ölindustrie.

Es genügt zu sagen, dass Russland zumindest in den nächsten drei bis vier Jahren nicht in die Enge getrieben werden kann, wenn eine solche Gratwanderung bevorsteht. Die Entscheidung der OPEC+ wird Russland in mehrfacher Hinsicht zugutekommen. Sie wird Russlands Öleinnahmen auf dem Weg in den Winter, wenn die Nachfrage nach russischer Energie aus Europa wie gewöhnlich ansteigt, heben – im wesentlichen wird sie Russland helfen, seinen Marktanteil zu halten, selbst wenn seine Produktion in absoluten Zahlen zurückgeht.

Russland wird profitieren

Ironischerweise muss Moskau kein einziges Barrel der Produktion reduzieren, da es bereits deutlich unter dem vereinbarten OPEC-Ziel produziert und gleichzeitig von dem höheren Ölpreis profitiert, der hauptsächlich durch die Kürzungen der OPEC-Golfproduzenten erreicht wird, die von Saudi-Arabien (-520 000 barrels per day (bpd)), Irak (-220 000 bpd), den VAE (-150 000 bpd) und Kuwait (-135 000 bpd) geschultert werden.

Ist es nicht erstaunlich, dass die russischen Ölgesellschaften von den höheren Preisen profitieren, während sie gleichzeitig die Produktion konstant halten? Und das zu einem Zeitpunkt, an dem die Zentralbank in Moskau die 300 Milliarden Dollar an Reserven, die von den westlichen Zentralbanken zu Beginn des Ukraine-Krieges eingefroren wurden, bereits mehr als zurückerhalten haben dürfte.

In Wirklichkeit haben sich Saudi-Arabien und andere Golfstaaten, die an der OPEC+ beteiligt sind, effektiv auf die Seite des Kremls gestellt, was es Russland ermöglicht, seine Kassen aufzufüllen und die Auswirkungen der westlichen Sanktionen zu begrenzen. Die Auswirkungen sind weitreichend, vom Ukraine-Krieg bis hin zu den künftigen Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien und der entstehenden multipolaren Weltordnung. •

Quelle: <https://www.indianpunchline.com/opecs-body-blow-to-biden-presidency/> vom 8.10.2022

(Übersetzung Zeit-Fragen)

«Der Nicht-Westen koaliert» Fortsetzung von Seite 3

Auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen, behaupte ich seit Jahren, dass die Parität zwischen dem Westen und dem Nicht-Westen ein Gebot des 21. Jahrhunderts ist – eine Unvermeidlichkeit, unabhängig davon, ob irgendjemand irgendwo dies so wünscht oder nicht. Was letzte Woche in Wien geschah, zeigt uns, wie diese Entwicklung verlaufen wird.

Russland und Türkei planen Verteilung von russischem Gas und Düngemittel

Ende letzter Woche trafen sich Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan in Astana, der Hauptstadt Kasachstans, zum zweiten Treffen des russischen und des türkischen Präsidenten in ebenso vielen Monaten. Im Zuge der Berichte schlug Putin vor, die Türkei zu einem Energieknotenpunkt für die Verteilung von russischem Gas zu machen, nachdem die Pipelines Nord Stream I und II, die Russland mit Europa verbinden, aus-

Sehen Sie, was ich damit meine, aus welcher Richtung der Wind weht? Sehen Sie, was ich mit dem Zusammenwachsen des Nicht-Westens meine?

Es wird interessant sein zu sehen, was als Nächstes kommt, jetzt, da die Saudis in die Party eingestiegen sind und etwas Abstand zwischen sich und die Amerikaner gebracht haben. Es ist wohl kaum richtig, einen böartigen Bruch in den Beziehungen vorwegzunehmen. Sie scheinen sich einfach aus der Umarmung zu befreien, die sie erstickt, wie ein britischer Botschafter einmal die Beziehungen Japans zu den USA beschrieb.

Die Entdollarisierung rückt näher

Eine letzte Bemerkung zum Thema BRICS und dem Interesse der Saudis, ihnen beizutreten. Es ist bekannt, dass die Gruppe in ihrer derzeitigen Zusammensetzung einen Währungskorb entwickelt, der als Alternative zum Dollar im internationalen Handel dienen soll. Das klingt nach einem weiteren grossen Geschäft, das sich anbahnt. Seit die Saudis 1945 zugestimmt haben, den Ölpreis in Dollar anzugeben, ist der

Erdölmarkt der Schlüssel für die Vormachtstellung der US-Währung als Reservewährung – und damit für die Verteidigung der amerikanischen Hegemonie durch Washington.

Und was nun? Freunde an den Märkten sagten mir immer, dass die Entdollarisierung zwar langfristig unvermeidlich sei, aber nicht mehr zu meinen Lebzeiten stattfinden werde. Davon höre ich nicht mehr viel. Was vor ein paar Jahren noch in weiter Ferne lag, scheint nun von Jahr zu Jahr näher zu rücken. Es wird keine Rolle spielen, wie viele Fäuste Washington anstösst: Sie halten den Lauf der Geschichte im Allgemeinen nicht auf, wie Biden kürzlich gelernt hat. •

¹ Als *Peanut Gallery* wurden im US-Variété des 19. Jahrhunderts die billigsten bzw. hintersten Ränge bezeichnet; heute werden auch Zwischenrufer und Kritiker so genannt, die eine Sache kritisieren, in der sie ungebildet oder uniformiert sind.

² Als Schlangöl (*snake oil*) wird eine Substanz bezeichnet, die als Wundermittel für alles Mögliche angepriesen wird, praktisch aber keine Wirkung hat.

Quelle: [scheerpost.com](https://www.scheerpost.com) vom 16.10.2022

(Übersetzung Zeit-Fragen)

VBS-Bericht peilt «neue Stufe der Kooperation mit der Nato» an

Die Neutralität der Schweiz ganz versenken? Nicht mit uns!

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Die Umbenennung der Schweizer Neutralität in «kooperative Neutralität», die das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) von Bundesrat Ignazio Cassis geplant hatte, ist beim Gesamtbundesrat nicht gut angekommen. Allerdings aus rein taktischen Gründen: Laut dem Schweizer Fernsehen will man nach aussen «in dieser geopolitisch heiklen Lage keinen Staub aufwirbeln» und nach innen soll der Neutralitätsinitiative, die nächstens ihre Unterschriftensammlung startet, ums Verlorene nicht der Weg geebnet werden: «Würde der Bundesrat jetzt ganz offiziell die Neutralitätspolitik lockern, dann wäre das durchaus auch ein Steilpass für die gegnerische Seite, also für die Initianten.»¹ Dass die Bürgerinnen und Bürger, die von ihren direktdemokratischen Rechten Gebrauch machen, von der Classe politique als «gegnerische Seite» betrachtet werden, ist eine der unerfreulichen Erscheinungen der neueren Zeit.

Ein Gegengewicht zu solchen Bestrebungen setzen Nationalrat Franz Grüter (SVP, LU) und Nationalrätin Priska Seiler Graf (SP, ZH), die im Interview mit deutlichen Worten auf die Grundsätze der Neutralität und der direkten Demokratie pochen.

Um die Tatsache herunterzuspielen, dass der Bundesrat seit einem halben Jahr die Schweizer Neutralität praktisch abgeschafft hat, lässt er

Cassis' Neutralitätsbericht zwar in der Schublade verschwinden, verfolgt aber sein Ziel der Eingliederung unseres Landes in die Nato/EU auf anderem Weg: über den Sicherheitsbericht des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), dessen neue Version Bundesrätin Viola Amherd ebenfalls anfangs September präsentiert hat.²

«Neue Stufe der Kooperation mit der Nato» – eine geballte Ladung!

Der Zusatzbericht stellt die deplazierte Frage in den Raum, ob das Schweizer Neutralitätsverständnis noch aktuell sei, «um der Balance zwischen Neutralität und Solidarität mit der westlichen Wertegemeinschaft Rechnung zu tragen» (S. 12, Hervorhebung mw.).

Der Balanceakt à la VBS: «Angesichts des Kriegs in der Ukraine liegt es im Interesse der Schweiz, ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik konsequenter als bislang auf Kooperation mit Partnern auszurichten.» (S. 18) Als ob die Schweizer Nato-Turbos nicht schon lange vor dem Februar 2022 und auch lange vor dem Maidan-Putsch 2014 auf eine engere Verandelung der Schweiz mit der Nato hingearbeitet hätten!

In aller Kürze einige der krassesten Programmpunkte des Bundesrates:

– Beteiligung der Schweizer Armee an «Übungen der Nato im gesamten Spek-

trum», inklusive «Übungen zur gemeinsamen Verteidigung» (S. 21)

– Einladung von Nato-Truppen zu Übungen in der Schweiz (S. 21)

– «Die Nato könnte die Interoperabilität und militärischen Fähigkeiten von Verbänden der Armee allenfalls auch in der Schweiz überprüfen.» (S. 22)

– Beteiligung der Schweizer Armee an High-Readiness-Einsatzverbänden der Nato: «Die Beteiligung müsste aber so gestaltet werden, dass sie mit der Neutralität kompatibel ist [...]» (S. 22)

«Mit der Neutralität kompatibel» ist hier gar nichts! Da nützt auch das Lippenbekenntnis nichts: «Ein Nato-Beitritt, der das Ende der Neutralität bedeuten würde, ist für die Schweiz keine Option.» (S.18) Nationalrat Franz Grüter, Präsident der Nationalrätlichen Aussenpolitischen Kommission, nennt die Pläne des Bundesrates mit Recht eine «unehrliche Politik» (siehe Interview).

Militärische Einbindung in die EU?

Auch hier sieht der Zusatzbericht des VBS Ausbaumöglichkeiten, zum Beispiel die Beteiligung an Projekten der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) (S. 23) oder die «Formalisierung» der sicherheitspolitischen Konsultationen mit der EU (S. 24). Also ein

weiterer bilateraler Vertrag, den Brüssel in der üblichen Manier nutzen könnte, um die Schweiz unter Druck zu setzen?

Zu Frieden und Stabilität jenseits unserer Grenzen beitragen

Immerhin hat sich einer der Verfasser des VBS-Zusatz-Berichts noch an die eigentlichen Ziele der Schweizer Sicherheitspolitik erinnert: «Das übergeordnete Ziel der Schweizer Sicherheitspolitik bleibt unverändert, die Handlungsfähigkeit, Selbstbestimmung und Integrität der Schweiz und ihrer Bevölkerung sowie ihre Lebensgrundlagen gegen Bedrohungen und Gefahren zu schützen und zu Frieden und Stabilität jenseits der Grenzen beizutragen.» (S. 16) Mit der Eingliederung in Nato- und EU-Kriegsverbände können wir weder die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung schützen noch unseren Beitrag zum Frieden leisten. «Zu Frieden und Stabilität jenseits der Grenzen beizutragen» muss wieder ins Zentrum der Schweizer Aussenpolitik gerückt werden. Das ist nur mit der Respektierung des Neutralitätsprinzips möglich. •

¹ Brändlin, Roger. «Bundesrat will nichts ändern an Neutralitätspolitik.» In: SRF News. Echo der Zeit vom 7.9.2022

² Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 über die Folgen des Krieges in der Ukraine. Bericht des Bundesrates von 2022 (provisorisch)

«Die Schweiz hat sich seit dem 24. Februar aussenpolitisch massiv geschwächt. Wir müssen den Begriff «Neutralität» gerade jetzt unbedingt klarer formulieren»

Gespräch mit Nationalrat Franz Grüter, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates



Franz Grüter (Bild zvg)

Zeit-Fragen: Der Bundesrat wollte vom Neutralitätsbericht von Ignazio Cassis nichts wissen. Nun wird aber im Zusatzbericht des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zum Sicherheitspolitischen

Bericht 2021 «eine neue Stufe der Kooperation mit der Nato» angestrebt, die noch happiger ist als die «kooperative Neutralität» von Bundesrat Cassis. Der Bundesrat betont zwar auch in diesem Bericht, ein Nato-Beitritt komme nicht in Frage, dies würde gegen die Neutralität verstossen. Frage an Sie: Ist das Programm dieses Zusatzberichts nicht ein faktischer Nato-Beitritt?

Franz Grüter: Es ist ein unehrlicher Bericht, eine unehrliche Politik. Wenn man ehrlich wäre, müsste man sagen: Die Art und Weise, wie die Schweiz nach diesen Vorstellungen neu mit der Nato zusammenarbeiten soll, ist zwar kein formeller Nato-Beitritt, aber faktisch ein Nato-Beitritt. Man würde an sämtlichen gemeinsamen Übungen teilnehmen, man wäre integriert in diesen Verbund, man ginge weit über die bisherige Zusammenarbeit im Rahmen der «Partnerschaft für den Frieden» hinaus. Das alles würde bedeuten, dass die Schweiz mehr oder weniger dabei wäre, ohne formellen Beitritt. Deshalb gilt es aus meiner Sicht, mit aller Kraft gegen diese Bestrebungen anzutreten. Denn sie verletzen ganz einfach unsere Neutralität.

Besorgniserregend! Man muss in der Öffentlichkeit möglichst breit erklären, was die genauen Absichten sind, und dass das für die Schweiz bedeutet, dass wir auch verteidigungsmässig in die Nato eingebunden wären und damit auch nicht mehr unabhängig sind. Zudem ist es aus meiner Sicht verfassungswidrig.

Die Nato könnte in die Schweiz kommen, um zu kontrollieren, ob wir die Interoperabilität einhalten.

Die Schweiz achtet bei den Beschaffungen schon heute darauf, dass sie westliche Technologien einsetzt. Dagegen ist aus meiner Sicht a priori nichts einzuwenden, aber wenn man die Interoperabilität als Vorstufe für einen Nato-Beitritt missbraucht, dann ist das extrem unehrlich. Und weil bereits diese Vorstufe gegen die Verfassung verstösst, bin ich der Meinung, dass man dies dem Volk vorlegen müsste. Denn so geht das nicht: Durch die Hintertür einen Pseudo-Beitritt zu machen, der eigentlich ein Beitritt ist.

Welche Möglichkeiten hat das Parlament gegen diesen Zusatzbericht? Können Sie etwas machen, oder können Sie gegen den Bericht an sich nichts tun, sondern erst später gegen Entwürfe für entsprechende Erlasse?

Die Berichte des Bundesrates kommen traditionell immer ins Parlament, der Bundesrat stellt sie vor, und es ist schon vorgekommen, dass das Parlament gesagt hat, nein, das wollen wir nicht, und einen Bericht zurückgewiesen hat. Dem Bericht des VBS wird das Parlament vermutlich zustimmen, weil dessen Mehrheit im Moment diesem Bündnis sehr nahesteht. Wir haben ja gehört, dass der FDP-Präsident gesagt hat,

wir müssten uns der Nato viel mehr annähern. Wir von der SVP werden wahrscheinlich die einzigen sein, die dies bekämpfen werden. Wenn dieser Schritt wirklich eingeleitet werden sollte und der Bundesrat ein Gesetz plant, muss er es ins Parlament bringen, dann muss man sich überlegen, ob man das Referendum ergreifen soll. Noch ist es nicht auf dem Tisch, noch ist es keine Vorlage, kein Gesetzesentwurf, aber dieser Bericht ist eine Vorstufe, die in die Wege geleitet worden ist.

Das ETH Center for Security Studies empfiehlt dem VBS, den Ukrainekrieg als Aufhänger für einen Ausbau der militärischen Kooperation mit der Nato und der EU zu benutzen. Sollen wir die Neutralität aufgeben wegen des Ukraine-Krieges? Stellt sich die gleiche Frage nicht in jedem Krieg? Solche Forderungen kamen auch schon früher, im Zweiten Weltkrieg zum Beispiel.

Gerade wenn ein Krieg herrscht, ist es gar nicht einfach, neutral zu sein. Wer neutral ist, wird natürlich immer von beiden Seiten unter Druck gesetzt. Das ist auch in diesem Krieg so. Wir sind von den Amerikanern unter Druck gesetzt worden und auch von den Russen. Verschiedene politische Akteure, das zeigt auch der ETH-Bericht, wollen die Gelegenheit des Ukraine-Krieges nutzen, um ganz bewährte Instrumente der Schweizer Aussenpolitik leichtfertig aufzugeben. Kürzlich habe ich persönlich mit IKRK-Präsident Peter Maurer gesprochen. Er sagt ganz klar: Wenn wir der Ukraine Waffen liefern würden, wäre das zutiefst gegen die Neutralität und würde der humanitären Tradition der Schweiz enorm schaden, nämlich dass wir mit dem IKRK immer den Menschen beider Seiten helfen, beide unterstützen. Damit wir das weiterhin glaubwürdig tun können, ist ganz besonders für das IKRK die Neutralität extrem wichtig.

Kürzlich fand ein Gefangenenaustausch zwischen Russland und der Ukraine statt. Das hat einen schon nicht unberührt gelassen, dass er von der Türkei und Saudi-Arabien durchgeführt wurde. Wollen wir wirklich die Schweiz aus ihrem «Kerngeschäft» der Neutralitätspolitik herausnehmen und anderen unsere Guten Dienste überlassen?

Die Schweiz hat sich aussenpolitisch mit ihrem Vorgehen massiv geschwächt. Deshalb werden wir international nicht mehr als neutrales Land anerkannt. Sogar Joe Biden

sagte in einer Rede, er danke der Schweiz, dass wir nicht mehr neutral seien. Auch Russland und viele andere Staaten sagen, wir seien nicht mehr neutral, und die Zeitungen schreiben es: Am 28. Februar, vier Tage nach Kriegsausbruch, schrieb die «New York Times»: «Die Schweiz hat die Neutralität aufgegeben.» Das Resultat sieht man jetzt klar: Wir werden nicht mehr berücksichtigt für die Guten Dienste. Die Ukraine hätte es sehr gern gehabt, wenn die Schweiz das Schutzmandat gegenüber Russland übernommen hätte. Ein gutes Beispiel für ein Schutzmandat ist die Verbindung mit dem Iran und der USA, wo die Schweiz eine Mittlerrolle einnimmt zwischen den beiden Staaten, die keine direkten diplomatischen Beziehungen mehr haben. Wir sind dabei also eine Art Brieftäucher. Genau in diesem Sinne wollte die Ukraine die Schweiz gern einsetzen, aber Russland sagte nein. Tatsächlich, man glaubt es fast nicht, dass die Türkei jetzt plötzlich in diese Rolle schlüpft.

Noch einmal: Ich glaube, die Schweiz hat sich seit dem 24. Februar aussenpolitisch massiv geschwächt. Das bedaure ich sehr. Wir müssen den Begriff «Neutralität» gerade jetzt unbedingt klarer formulieren. Deshalb wird ja die Neutralitätsinitiative lanciert, nicht allein von Christoph Blocher, sondern von einem grossen Verbund, «Pro Schweiz» und viele andere sind dabei. Ich nehme an, unsere Partei wird es logischerweise auch unterstützen, dass man die immerwährende, bewaffnete Neutralität im Sinne einer integralen Neutralität in die Bundesverfassung schreibt. Dies würde auch einschliessen, dass wir keine Sanktionen mehr ergreifen, denn Sanktionen sind Kriegsmassnahmen ohne Waffen. Im heutigen Fall haben unsere Sanktionen sogar eine Rückkoppelung zur Schweizer Bevölkerung, denn wir leiden darunter. Die Russen haben noch nie so viel Geld eingenommen mit Gas und Öl, der Rubel hat sich um 40 Prozent aufgewertet, aber den Preis zahlen wir. Unsere Bevölkerung bezahlt viel höhere Energiepreise, wir haben keine sichere Energieversorgung mehr. Ich glaube, da ist vieles schief gelaufen, wo die Schweiz ihrer traditionellen Rolle nicht mehr gerecht worden ist, mit spürbaren Konsequenzen, die wir jetzt merken.

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Nationalrat Grüter. •

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung, für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach 247
CH-9602 Bazenheid
E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG
Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.
CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW
IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05
A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

Keine Abstimmung über die «Stopp F-35-Initiative» – Bundesbern geht über direktdemokratische Rechte der Bürger hinweg

Gespräch mit Nationalrätin Priska Seiler Graf (SP/ZH)



Priska Seiler Graf
(Bild priskaseiler-graf.ch)

mw. Um den vom Bundesrat geplanten Kauf von 36 F-35-Kampfflugzeugen aus der US-Waffenfirma Lockheed Martin zu verhindern, lancierte eine Gruppe von Bürgern, die teils aus Armeegegnern, aber auch aus Befürwortern der bewaffneten Neutralität der Schweiz bestand, im August 2021 eine Volksinitiative. Hauptargumente der Initianten: Der F-35 ist für Angriffskriege entwickelt worden und für die Schweizer Bedürfnisse «massiv überdimensioniert und ungeeignet». Ausserdem sitzen «die US-Geheimdienste immer mit im Cockpit – demokratiepolitisch skandalös.»

Innerhalb eines Jahres waren die nötigen 100 000 Unterschriften gesammelt, am 22. August 2022 bestätigte die Bundeskanzlei das Zustandekommen der Initiative.

Nun würde man erwarten, dass unsere «Diener des Volkes» die Volksabstimmung über die Initiative abwarten, bevor sie den Kaufvertrag mit den USA unterschreiben. Das war auch so geplant: «Der Bundesrat hatte ursprünglich die Absicht [...], mit der Unterzeichnung des Kaufvertrags zuzuwarten, bis eine allfällige Abstimmung über die Volksinitiative (gegen den F-35 (Stopp F-35)) durch ist.» Aber am 2. Juni 2022 stimmte der Ständerat dem Kauf mehrheitlich zu und forderte die Unterzeichnung der Verträge bis Ende März 2023, weil Lockheed Martin sonst angeblich zu schlechteren Bedingungen liefern würde. Der Bundesrat hatte «seine Meinung inzwischen geändert» und unterstützte den schnellen Vertragsabschluss. Am 15. September gab auch die Mehrheit des Nationalrates dem Bundesrat grünes Licht zur Unterzeichnung des Vertrags bis Ende

«Bundesrat und Parlament – namentlich die bürgerlichen Parteien – haben es aber mangels politischen Willens verunmöglicht, eine demokratische Abstimmung durchzuführen. Die Quittung ist ein massiver Flurschaden für die direkte Demokratie in der Schweiz.»
(Priska Seiler Graf, Nationalrätin SP, ZH)

März. (Medienmitteilungen des Ständerates vom 2. Juni 2022 und des Nationalrates vom 15. September 2022)

Weil der Gegenstand der Volksinitiative damit dahinfiel, zogen die Initianten sie schweren Herzens zurück. Wie sich der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit über die direktdemokratischen Rechte der Bürger hinweggesetzt haben, ist ein Skandal. Zeit-Fragen hat Nationalrätin Priska Seiler Graf (SP, ZH), die den Rückzug der Initiative bekanntgegeben hatte, dazu befragt.

Zeit-Fragen: Frau Nationalrätin Seiler Graf, die Volksinitiative gegen den Kauf des F-35-Kampfflugzeugs ist am 22. August mit über 102 000 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Nun hat das Initiativkomitee, dessen Mitglied Sie sind, die Initiative zurückgezogen. Warum?

Priska Seiler Graf: Mit dem frühen Unterzeichnen der Verträge wurde die Volksabstimmung leider obsolet. Die Allianz gegen den F-35 wollte keine Hand bieten für eine Pseudo-Abstimmung, bei der das Stimmvolk nicht über den eigentlichen Kaufentscheid

entscheiden kann. Eine Abstimmung nach der Vertragsunterzeichnung ist nichts anderes als eine demokratische Farce. Aus diesem Grund ziehen wir die Volksinitiative zurück. Wir sind aber nach wie vor der Überzeugung, dass der F-35 ein Fehlkauf und ein Milliardenrisiko für die Schweiz ist.

Aber die 102 000 Unterzeichner haben doch ein Recht auf eine Abstimmung!

Ich kann die Enttäuschung sehr gut nachvollziehen, ich bin es ja auch. Bundesrat und Parlament – namentlich die bürgerlichen Parteien – haben es aber mangels politischen Willens verunmöglicht, eine demokratische Abstimmung durchzuführen. Die Quittung ist nun ein massiver Flurschaden für die direkte Demokratie in der Schweiz. Die Risiken und Probleme dieser Beschaffung lagen durch diese Initiative auf dem Tisch, eine breite und öffentliche Debatte wurde jedoch durch das undemokratische Verhalten des Bundesrats verhindert. Der staatspolitische Schaden, der dadurch angerichtet wurde, wird uns sicherlich noch eine Weile begleiten.

«Eine Abstimmung nach der Vertragsunterzeichnung ist nichts anderes als eine demokratische Farce. Aus diesem Grund ziehen wir die Volksinitiative zurück. Wir sind aber nach wie vor der Überzeugung, dass der F-35 ein Fehlkauf und ein Milliardenrisiko für die Schweiz ist.»

Würde eine Diskussion im Volk über die Fragwürdigkeit eines US-Tarnkappenbombers für die Schweizer Armee nicht trotzdem Sinn machen, gerade heute, wo der Bundesrat gemeinsame Kampfflüge mit der Nato in Betracht zieht?

Gegenüber sogenannten Art. 5-Übungen der Nato, also Bündnisfall-Übungen, bin ich sehr skeptisch. Ich glaube nicht, dass solche Art von Übungen neutralitätspolitisch möglich wären. Die eigentliche Frage lautet doch, ob man der Nato beitreten möchte und die Neutralität aufgeben will. Diese Diskussion kann man führen, aber dann soll dies ein politischer Entscheid sein und nicht «technologiegesteuert» über einen Kampfflugzeug.

Vielen Dank für das Gespräch, Frau Nationalrätin.

Und was sagt die zuständige Bundesrätin zu diesem «massiven Flurschaden für die direkte Demokratie Schweiz»? VBS-Chefin Viola Amherd: «Für mich ist dieses Vorgehen sehr demokratisch.» Auf die Vorhaltung, mit der hastigen Vertragsunterzeichnung stosse sie die gut 100 000 Menschen vor den Kopf, welche das Volksbegehren unterschrieben haben, gibt Frau Bundesrätin die erstaunliche Antwort: «Eine Initiative hat keine rechtliche Vorwirkung – und wenn bei dieser Initiative eine Sonderbehandlung gemacht würde, dann könnten wir kaum mehr Projekte realisieren. Ob das demokratisch wäre, weiss ich auch nicht.» («Neue Zürcher Zeitung» vom 14.9.2022. Hervorhebung: mw)

Also schaffen wir die direkte Demokratie am besten ab, weil unsere «Diener des Volkes» sonst nicht mehr alles tun können, was ihnen in den Kram passt? Gerade deshalb haben die Schweizer die direkte Demokratie in ihre Verfassung geschrieben: Hier entscheidet das Volk, welche «Projekte realisiert» werden und welche nicht!

Einladung zum SVIL-Symposium 2022

Die Neutralität und die Versorgungssicherheit der Schweiz

Schweizerische Vereinigung Industrie + Landwirtschaft
Association Suisse Industrie + Agriculture
Associazione Svizzera Industria + Agricoltura



Warum die Versorgungssicherheit eines Kleinstaates und die Neutralität zusammenhängen

«Der Kern der Neutralität der Schweiz ist nicht ein Ignorieren fremder Konflikte, sondern ein sich Inachtnehmen vor und sich Heraushalten aus laufenden Konflikten durch bewusstes Einnehmen des neutralen Status. Dieser Neutralitätsbegriff ist deshalb umfassend, weil er bei der zu findenden Lösung ansetzt, in die jeder Konflikt letztlich münden muss. Lässt man sich zu Vorverurteilungen drängen, ist die Neutralität preisgegeben. [...]

Für die Schweiz als exportorientierter Kleinstaat ist die Neutralität inmitten West/Mitteleuropas die Voraussetzung der wirtschaftlichen und staatlichen Eigenständigkeit. Um die Versorgung zu sichern, ist die Schweiz als rohstoffarmes Land gezwungen, ihre wirtschaftlichen Beziehungen auf ihren jeweiligen gegenseitigen Vorteil auszurichten. Diese Haltung wird bei den Handelspartnern weltweit als Zuverlässigkeit der Schweizer KMU-Wirtschaft geschätzt. Diese Fähigkeit, beide Standpunkte zu sehen, schafft Vertrauen und hilft wirtschaftliche Beziehungen zu knüpfen. Deshalb ist die Neutralität ebenso die Grundlage wirtschaftlicher Prosperität und Versorgungssicherheit des Kleinstaates. Gleichzeitig ist die Neutralität auch ein politisch anerkanntes Verhalten, wie der Kleinstaat unter den Grossmächten eigenständig bleiben kann. [...]

Die Neutralität der Schweiz lebt dabei bereits diesen Multilateralismus in einer multipolaren Welt. Anstatt die Neutralität preiszugeben, ist die Neutralität der souverän eingegangenen bilateralen und multilateralen Wirtschaftsbeziehungen die Lösung aus der Krise. Denn nur eine globale Wirtschaftsordnung, in welcher alle Staaten an der internationalen Arbeitsteilung und Verflechtung auf der Basis des gegenseitigen Vorteils partizipieren, kann das alte Modell der globalen Vorherrschaft und deren nicht endende Konflikte auflösen.»

(aus: Warum die SVIL diese Tagung durchführt; <http://www.svil.ch/Neutralitaetund-Versorgungssicherheit.pdf>)

Programm

10.30–10.45 Uhr

Hans Bieri, Geschäftsführer, SVIL:

Begrüssung und Einleitung:
Die Versorgungssicherheit der Schweiz und ihr direkter Bezug zur Neutralität

1. Teil

Die Initiative von
a. BR Dr. Christoph Blocher

10.45–11.45 Uhr

a. Bundesrat Dr. Christoph Blocher:

Die Schweizerische Neutralität: Für eine stärkere Verankerung in der Bundesverfassung und gegen die schleichende Auslöschung Art. 54a BV Schweizerische Neutralität

2. Teil

Die Neutralität als Wesensmerkmal des schweizerischen Gemeinschaftsstaates

11.45–12.30 Uhr

Dr. phil. René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie (www.fidd.ch):

Die Entwicklung der Neutralität im Laufe der Schweizer Geschichte: Wie lässt sich kulturelle, religiöse, sprachliche und räumliche Vielfalt zu einem prosperierenden Gemeinschaftsstaat vereinen?

Mittagspause 12.30–13.30 Uhr

13.30–14.15 Uhr

Prof. Dr. Mathias Binswanger, FHNW u. Univ. St. Gallen:

Neutralität der Schweiz und ihre Entwicklung zum High-Value-Dienstleister

14.15–15.00 Uhr

Prof. Dr. Alexandre Lambert, Geneva School of Diplomacy and International Relations, GSD, Genf:

500 Jahre Geopolitik im Kampf um globale Vorherrschaft: Von den Ostindien-Kompanien bis zur City of London

Pause 15.00–15.20 Uhr

15.20–16.05 Uhr

Dipl.-Ing. Paul F. Reichmann, Network of Global Security, Baden AG

Stabilitätspolitik und Neutralität: Der Mittelstand als Kern staatlicher Souveränität unter Druck von Globalpolitik und Monopolwirtschaft

Datum: Dienstag, 29. November
Zeit: 10.30 Uhr bis 17.30 Uhr
Ort: Zürich (Nähe Hauptbahnhof,
das Lokal wird rechtzeitig
im voraus mitgeteilt)

16.05–16.25 Uhr

Dipl. Ing. ETH Peter Bisang, Risk Management and Innovations Methodology, Geneva Consulting & Management Group (GC & ML), Balzers:

Der Deadlock und die «Lugano-Konferenz»-Mentalität – methodische Hinweise für ein Konflikt- und Riskmanagement eines neutralen Staates

3. Teil

Podium mit den Referenten und Vertretern aus KMU-Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft

16.25–17.20 Uhr

Zielpublikum

– Das engagierte SVIL Umfeld
– Die KMU / Swissem / Economiesuisse
– Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft

Anmeldung und weitere Informationen

Hans Bieri, Geschäftsführer
SVIL Schweizerische Vereinigung
Industrie und Landwirtschaft
Postfach 1807
8027 Zürich
Telephon 079 432 43 52
E-Mail: hans.bieri@svil.ch
ZKB Konto: 1100-5845.000 /
IBAN: CH30 0070 0110 0058 4500 0

Die Teilnahme ist frei, Beiträge sind erwünscht an die obige Zahlungsverbindung

Sind deutschen Politikern die Wähler egal?

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e. V.



Eberhard Hamer
(Bild zvg)

Die deutsche Außenministerin Anna-Lena Baerbock hat mit ihrem unbedachten Bekenntnis, dass ihr die Interessen ihrer eigenen Wähler egal seien, eine Grundsatzzdebatte losgetreten: Cui bono? Für wen wird die Politik gemacht? Wem sollen die wirtschaftlichen

Erträge und die öffentlichen Finanzen zugutekommen? Wessen Interessen zählen letztlich?

Dabei tut sich ein tiefer gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Riss zwischen Theorie und Praxis auf, zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen Anspruch und Realität, der sogar die Grundlagen unserer wirtschaftlichen und politischen Existenz in Frage stellt.

Die westliche «Wertegemeinschaft» behauptet, im Kampf gegen die Diktatur für die Demokratie zu kämpfen, für die Souveränität des Einzelbürgers, für sein Vorrecht vor dem Staat und für eine durch Wahlen garantierte Politik im Interesse der souveränen Bürger.

Praktisch aber dominieren internationale Befehle der anglo-amerikanischen Weltmacht und des anglo-amerikanischen Grosskapitals, geht es letztlich um ihr Interesse und wird Demokratie nur formal vorgeschützt.

Beispiele:

- Die GrünInnen wollen «Ökologie statt Ökonomie», reduzieren unsere Wirtschaft vorsätzlich wegen Feinstaub und CO₂, obwohl sie nichts dabei finden, dass amerikanische Weltkonzerne im Amazonas den vierfachen Umweltschaden durch Urwaldvernichtung anrichten, den Deutschland maximal zu vermeiden in der Lage wäre (2% der weltweiten CO₂-Schadstoffe in

«Schon Gaetano Mosca wies 1939 darauf hin, dass alle politischen Eliten aller Staatsformen sich zu einer Funktionärsoligarchie entwickelten. Die Funktionärsclique halte untereinander zusammen – auch demokratische Funktionärscliquen würden je länger, je stärker ein abgehobenes Eigenleben auf Kosten der Bevölkerung entwickeln und einen Funktionärsfeudalismus bilden. [...] Dabei bestünde eine Kameraderie unter den etablierten Parteien, neue Parteien gemeinsam zu bekämpfen, um ihre Macht und ihre Pfründe nicht teilen zu müssen.»

Deutschland und 8,5% CO₂-Schaden im Urwald). Ist dies noch Umweltpolitik im Interesse der deutschen Wähler?

- Die grünen AgrarministerInnen stürzen sich mit immer mehr Vorschriften auf die landwirtschaftliche Produktion der Bauern, stören sich aber nicht daran, dass internationale Konzerne (*Monsanto* u. a.) die Welt systematisch und total mit gentechnisch verändertem Saatgut verändern. Landwirtschaft für die Bauern oder für die Konzerne?
- Schon bevor *Putin* die Ukraine angriff, befahlen die USA einen Welt-Sanktionskrieg gegen Russland, und alle Altparteien haben begeistert zugestimmt, dass unsere Regierung – ohne Alternativen dafür zu haben – nicht nur ein Viertel unserer Rohstoffimporte, sondern auch das billige Gas aus Russland kündigten. Die Sanktionen haben Öl- und Gaspreise hochgetrieben¹ und damit die Wohlstandsgrundlage billiger Energie in Deutschland beendet, ohne Russland zu schaden, denn dies hatte bei halben Gaslieferungen und doppelten Preisen höhere Einnahmen als vorher. Hauptverlierer bleibt Deutschland.
- Die selbstverschuldete Gaskrise und Verteuerung brachte die Gaslieferanten der internationalen Konzerne in Fi-

nanznot. Statt dies marktwirtschaftlich durch Insolvenz lösen zu lassen, will die GrünInnen-Regierung Gasimporteure mit 34 Milliarden ebenso retten wie *Merkel* 2008 die Pleitebanken auf deutsche Kosten. Für die Geschenke an die Konzerne soll eine Gasumlage bei allen Bürgern erhoben werden (über 3000 Euro pro Haushalt). Da dies allgemeine Proteste brachte, soll nun eine «Entlastung» dieser Belastung in Höhe von 300 Euro (bei über 3000 Euro Belastung) bei sozial Schwachen und Rentnern den Zorn der Bevölkerung besänftigen. Keine Regierung hat bisher den eigenen Wählern so geschadet wie die derzeitige. Die Erklärung lieferte Frau *Baerbock*: Es sei ihr egal, was die Wähler denken und wollen.

Wessen Interessen vertritt wohl diese «Volksvertreterin»?

Schon *Gaetano Mosca* wies 1939² darauf hin, dass alle politischen Eliten aller Staatsformen sich zu einer Funktionärsoligarchie entwickelten. Die Funktionärsclique halte untereinander zusammen – auch demokratische Funktionärscliquen würden je länger, je stärker ein abgehobenes Eigenleben auf Kosten der Bevölkerung entwickeln und einen Funktionärsfeudalismus bilden. Im Unterschied zu Diktaturen hätten Demokratien nur den Vorteil, die herrschende Elite fried-

lich (durch Wahl) auszuwechseln. Die nächste Mehrheit würde aber die gleiche Funktionärsoligarchie bilden. Dabei bestünde eine Kameraderie unter den etablierten Parteien, neue Parteien gemeinsam zu bekämpfen, um ihre Macht und ihre Pfründe nicht teilen zu müssen.

In diesem Sinne bestreitet Mosca auch, dass politische Eliten «das Wohl des Volkes» und dessen Interessen im Auge hätten. Es ginge ihnen nur um Mehrheiten für die eigene Wiederwahl, sonst aber um eigene Interessen oder die Interessen von Mächtigeren, von denen sie abhängig seien.

Wir haben schon länger vermutet, dass unsere führenden Politiker nicht im Interesse der eigenen Bevölkerung, sondern fremder Mächte und Interessen handeln, wenn man die oben genannten Fälle der Schädigung der eigenen Bürger für fremde Interessen berücksichtigt.

Frau Baerbock hat in ihrer Dummheit aber diese Vermutung bestätigt. Diese Regierung handelt nicht im Interesse ihrer Wähler, auch trotz Eides nicht «zum Wohle des deutschen Volkes», sondern im Interesse der Kolonialmacht, der internationalen Hochfinanz (*Merz, Lindner*) oder realitätsfremder Öko-Ideologie.

Wenn durch solche wirtschaftszerstörende Politik nun unser Wohlstand zusammenbricht, werden wir alle – Leistungsträger und Transferleistungsempfänger – dadurch ärmer. Die politische Elite dagegen hat sich Straffreiheit (Immunität) für ihr Handeln gesichert und schlägt sich dann mit Höchstpensionen (wie die öffentliche Rundfunkkorruption zeigt) in die Büsche, bleibt also von ihrer eigenen Zerstörungspolitik unbetroffen.

So sieht rot-grüne «soziale Gerechtigkeit» aus!

¹ Das war die Absicht der Amerikaner, um ihr Fracking-Öl und -Gas in der Welt überhaupt absetzen zu können.

² So in seinem Buch *Die herrschende Klasse*.

Neutralität: Offener Brief an die österreichische Bundesregierung

Unterstützer bisher: 48384 (Stand 17.10.2022)

Sehr geehrte Damen und Herren der österreichischen Bundesregierung!

Die Ereignisse der letzten Wochen haben uns, die Unterzeichner dieses Briefes, zur Erkenntnis und dem Entschluss gebracht, dass es höchst an der Zeit ist, Ihnen als Repräsentanten der Republik Österreich und der Menschen, die in Österreich wohnen, unsere Haltung und Überzeugung zu übermitteln und Sie aufzufordern, entsprechend den Wünschen Ihres Souveräns zu handeln.

Krieg ist immer sinnlos. Das Sterben junger Menschen für die Ambitionen und Machtspiele politischer Akteure ist schrecklich, unerträglich und inakzeptabel.

Uns als einfachen Bürgern ist es unmöglich, alle Aspekte, Hintergründe und Fakten zu wissen und zu hinterfragen, wir alle sehen nur die schrecklichen Auswirkungen des Krieges zwischen Russland und seinem Nachbarland Ukraine. Aber wir sehen als mündige Bürger ebenfalls, dass dieser Krieg ohne jeden Zweifel auch für politisch-strategische Interessen missbraucht wird.

Das westliche Verteidigungsbündnis Nato hat unter Federführung der amerikanischen Regierung und mit tatkräftiger Unterstützung aus den europäischen Staaten einen wirtschaftlichen Konflikt durch Verhängung von Sanktionen begonnen, der weit über die Grenzen des Krieges in der Ukraine hinausgeht. Man hat uns seitens der Politik und Medien den Eindruck vermittelt, die Welt sei einig in der Opposition gegen Russland. Man hat uns versichert, dass die Verhängung von Sanktionen die russische Wirtschaft so weit schwächen würde, dass der Krieg durch die russische Führung gestoppt werden müsste. Man hat uns Bürgern suggeriert, dass die Verhängung der Sanktionen alternativlos sei.

Nach nunmehr einigen Monaten seit der Verhängung dieser Sanktionen ist es unserer Meinung nach völlig klar erkennbar, dass *nichts* davon der Realität entspricht. Die Mehrheit der Staaten ausserhalb Europas unterstützt die Sanktionen der westlichen Länder nicht, im Gegenteil entsteht gerade eine neue Machtkonstellation in Eurasien, Afrika und Teilen Südamerikas, die in offener Opposition gegen die westlichen Industriestaaten auftritt. Russlands Wirtschaft scheint durch die Sanktionen bei weitem nicht den Schaden zu nehmen, den die Erfinder geplant und kommuniziert haben. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass die Sanktionen das sinnlose Sterben junger Menschen im Osten der Ukraine stoppen können.

Im Gegenteil können auch *wir* als Bürger jeden Tag deutlichst erfahren, dass wir die tatsächlich Leidtragenden der wirtschaftlichen Sanktionen sind, dass *unsere* Volkswirtschaft und damit das gesamte soziale Gefüge unserer Gesellschaft schwersten Schaden nehmen und *wir* auf Grund der Folgen der Sanktionen nunmehr vor der schwersten wirtschaftlichen Krise der letzten 80 Jahre stehen. Als wäre diese Entwicklung nicht schlimm genug, müssen wir als besorgte Bürger nunmehr auch erkennen, dass die Staaten der Nato auch militärisch in einer wahren Spirale der Eskalation stecken. Wie wir sehen, wird die Alarmbereitschaft von über 300000 Mann der Nato-Armeen erhöht, die westlichen Staaten senden immer schwerere Waffen in das Kriegsgebiet, es beginnen bereits in anderen Zonen Europas Konflikte mit Russland zu entstehen, und die Geschwindigkeit der rhetorischen und faktischen Eskalation macht uns Angst.

Wir Österreicher sind als kleines Land nicht in der Lage und Position, die Handlungen der Nato-Staaten zu beeinflussen. Aber wir können selbst und im Interesse unserer Heimat aktiv werden. Die Gene-

ration unserer Väter, Mütter und Grosseltern hat sich nach den Schrecken des letzten Weltkrieges aus sehr guten Gründen zur immerwährenden Neutralität verpflichtet. Die Neutralität ist aus gutem und vernünftigem Grund in die DNA unserer Nation eingegangen, eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung unterstützt aus guten und wahren Gründen die Beibehaltung der Neutralität Österreichs. Und daher sehen wir Unterzeichner dieses Schreibens uns dringend gefordert, an die Öffentlichkeit zu treten und die österreichische Bundesregierung aufzufordern:

- Kehren wir als Republik Österreich sofort zur strikten Neutralität gegenüber allen Konfliktparteien im Ukrainekrieg zurück.
- Stärken wir als Teil und Konsequenz dieser Neutralität die kontrollierte humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in den vom Krieg betroffenen Regionen.
- Stellen wir in jahrzehntelanger Tradition den Standort Wien als Ort einer internationalen Friedenskonferenz zur Verfügung und laden *alle* Konfliktparteien und deren politische Führung nach Wien ein.

Um unsere Glaubwürdigkeit als ehrliche Vermittler zu beweisen – und um weiteren Schaden an unserer Volkswirtschaft abzuwenden – müssen wir *sofort* aus der Unterstützung der einseitig verhängten Sanktionen durch die westliche Verteidigungsallianz Nato aussteigen! Österreich hat keinen Platz in der Nato, die österreichische Bevölkerung *will* keine Mitgliedschaft in diesem Militärbündnis, und demzufolge gibt es auch keinerlei Veranlassung Österreichs, die Sanktionen der Nato gegenüber Russland zu unterstützen!

Wir fordern die österreichische Bundesregierung weiters auf, auch innerhalb der Europäischen Union die Sanktionen nicht weiter zu unterstützen, sich dagegen aus-

zusprechen, sich keinesfalls weiter daran zu beteiligen und eine Initiative zu ergreifen, die *Frieden, Waffenruhe und Koexistenz* aller Völker und Staaten der Welt zum Ziel hat!

Die Unterzeichner dieses Schreibens halten ausdrücklich fest:

Dies ist *keine partei-politische Initiative oder Bewegung*. Wir unterstützen mit diesem Aufruf *keine politischen Parteien* oder einzelne Politiker. Wir sind OFFEN für Unterstützung aus *allen* Lagern des politischen Spektrums, aus allen Teilen der Zivilgesellschaft und der Medienlandschaft. Dieses Schreiben entstand *ausschliesslich* aus Sorge um das Leben und Wohlergehen der Menschen, die in diesem Land Österreich leben. Wir stehen für Frieden und Freiheit. Allerdings nicht zum Preis der Vernichtung der eigenen Existenz.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die Unterzeichner:

Mit Unterfertigung dieses Schreibens unterstütze ich aus freiem Willen die Forderungen dieses Schreibens.
Gerald Markel, Unternehmer
Wolfgang Sendlhofer, Unternehmer
Max Pucher, Präsident Union Souveränität
Prof. DDr. Martin Haditsch, Facharzt für Mikrobiologie
Andreas Gass, Präsident EMUs
Bernhard Costa, Vizepräsident EMUs
Dr. Wolfgang Schmidauer, Rechtsanwalt
DI Dr. Jürgen Meinhart, Unternehmer
Beatrice Hubner, Mitgründerin der «Löwenmamas»

Unterzeichnende Medien:
TKP, Peter F. Mayer
Report24, Florian Machl
RTV, Nicolas Schott
Sovereign Media

Quelle: <https://souveraenitaet.org/neutralitaet/>

«Wenn man die angelsächsischen Medien liest, bekommt man ein völlig verzerrtes Bild»

Kishore Mahbubani lädt die USA ein, sich am asiatischen Jahrhundert zu beteiligen – in Gleichwertigkeit

ts. Von den Zeitschriften *Foreign Policy* und *Prospect* wird er als einer der 100 grössten Intellektuellen der Welt aufgeführt, von der *«Financial Times»* in die Liste der 50 wichtigsten Persönlichkeiten aufgenommen, die die Debatte über die Zukunft des Kapitalismus prägen werden. Auch wurde er als *«die Muse des asiatischen Jahrhunderts»* bezeichnet. Kishore Mahbubani, Politologe und hoch dekoriertes Diplomate aus Singapur, gab unlängst in einem Interview Einblick, wie eine asiatische Perspektive auf die aktuelle Krise zwischen den USA und China und USA und Russland aussieht. Die Menschen im Westen sind gut beraten, so Mahbubani, einzusehen, dass die westliche Dominanz vorüber ist, das asiatische Jahrhundert längst begonnen hat und Konflikte durch Verhandeln und vertiefte Handelsbeziehungen zu lösen sind – Pragmatismus statt ideologisch verblindetem Vorherrschaftsstreben sind angesagt. Ein Weg, Kriege künftig zu vermeiden.

Wenn es einen neuen Kalten Krieg gibt, dann gehen die USA fälschlicherweise davon aus, dass er dasselbe Ergebnis haben wird wie der erste Kalte Krieg, meint Kishore Mahbubani: «Aber der Unterschied zwischen dem Kalten Krieg 1.0 und dem Kalten Krieg 2.0, und das ist ein wenig provokant, besteht darin, dass es heute die Vereinigten Staaten sind, die sich wie damals die Sowjetunion verhalten, während sich China heutzutage wie die USA von damals verhält.» Die Amerikaner von heute würden in Selbstgefälligkeit ableiten nach dem Motto: «Hey, wir hatten einen Kalten Krieg und haben ihn natürlich gewonnen, wir werden auch einen neuen Kalten Krieg gewinnen.» Das sei aber eine krasse Fehleinschätzung. Denn China sei heute bestens in die Welt eingebunden, China unterzeichne Freihandelsabkommen mit der Welt, so wie die USA im ersten Kalten Krieg, aber ganz im Gegensatz zu den USA heute. China tätige Investitionen mit der *Road-and-Belt-Initiative*, während die USA sich aus der Welt zurückzögen. Mahbubani empfiehlt den USA, ihre falsche Einschätzung zu überdenken und China nicht weiterhin zu unterschätzen. Die westliche Vorherrschaft habe lediglich die letzten zweihundert Jahre bestanden und sei nichts anderes als eine Anomalie der Weltgeschichte. Die 1800 Jahre zuvor seien immer China und Indien die beiden grössten Volkswirtschaften der Welt gewesen. China existiere seit viertausend Jahren und habe schon vieles durchgemacht: «Es wird auch diesen Wettbewerb überstehen.»

Ein grosser geopolitischer Wettstreit ist ausgebrochen

Mahbubani war im Juli als Vorsteher einer asiatischen Handelsdelegation in Washington D.C. und konstatiert, dass die Beziehungen zwischen den USA und China auf dem niedrigsten Stand seien seit mindestens 1989. Die Situation sei vergleichbar mit jener von zwei Zügen, die den Bahnhof verlassen haben und mit voller Geschwindigkeit aufeinander zu rasen. «Ein grosser geopolitischer Wettstreit ist ausgebrochen. Und das Traurige daran ist, dass er sowohl unvermeidlich und vermeidbar zugleich ist.»

Der Handel innerhalb Chinas, von China mit Südostasien und mit dem Rest der Welt sei in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. «Lassen Sie mich nur ein paar Daten nennen: Im Jahr 2000 betrug der Handel der USA mit Südostasien 135 Milliarden Dollar, mehr als das Dreifache des Handels Chinas mit Südostasien. 2021 ist der US-Handel mit Südostasien auf über 300 Milliarden gestiegen – ein Anstieg um das Zweieinhalbfache. Chinas Handel mit Südostasien ist hingegen von 40 Milliarden auf 800 Milliarden gestiegen, ein Anstieg um das Zwanzigfache! Und das ist erst der Anfang!»

Was wir im 21. Jahrhundert, dem asiatischen Jahrhundert, sehen werden, sei eine massive Explosion der wirtschaftlichen Produktivität und Gewinne in Asien. Und China werde ein Teil davon sein, die USA hingegen werden aussen vor bleiben: «Es sei denn, sie planen wirklich ernsthaft ein langfristiges, umfassendes wirtschaftliches Engagement in der Region;

«Die Vereinigten Staaten sind das einzige moderne entwickelte Land, in dem das durchschnittliche Einkommen der unteren 50 Prozent der Bevölkerung in den letzten 30 Jahren nicht mehr gestiegen ist.»

was wir übrigens wollen: Wir wollen, dass die USA sich in der Region engagieren; aber sie haben keine Strategie, dies zu tun.»

Mahbubani warnt auch vor einer westlich verengten Wahrnehmung der Welt und insbesondere Ostasiens: «Wenn man diese Region durch die Brille der angelsächsischen Medien verstehen will, wird man völlig missverstehen, was in Ostasien passiert, denn diese Medien haben eine stark voreingenommene Schwarz-Weiss-Sicht auf das, was hier passiert.»

Mahbubani verdeutlicht das am Beispiel Hongkongs. Entgegen den Darstellungen in den westlichen Medien müsse klar festgehalten werden: «Hongkong war eine britische Kolonie, die von den Briten illegal beschlagnahmt wurde im demütigenden Opiumkrieg von 1842.» China korrigiere durch die Rückeroberung Hongkongs gerade eine grosse historische Demütigung. Hongkong sei Teil von China. «Das ist die Realität, genauso wie Goa [lange von den Portugiesen okkupiert, ts.] ein Teil Indiens ist. Wenn man die angelsächsischen Medien liest, bekommt man ein völlig verzerrtes Bild.»

Asien betreibt völkerverbindenden Handel – der Westen führt Krieg

Man könne nicht genug betonen, dass von den 7,8 Milliarden Menschen auf unserem Planeten 1,4 Milliarden Menschen in China und 1,3 Milliarden Menschen in Indien leben. Zusammen mit den 700 Millionen Menschen in der ASEAN (siehe Kästchen) sei das, so Mahbubani mit einem ironischen Augenzwinkern, «die neue CIA»: China, Indien, ASEAN. Das seien die drei wichtigsten Wachstumsmotoren der Welt. «Und stellen Sie sich vor, wenn Sie die angelsächsischen

Medien lesen, werden Sie die «CIA» nie verstehen und was in dieser Region passiert.» Die Frage, wer in den zehn Jahren zwischen 2010 und 2020 mehr zum globalen Wirtschaftswachstum beigetragen habe, die Europäische Union oder die ASEAN, beantwortet Mahbubani wie folgt: «Die Antwort lautet: die ASEAN; und niemand weiss etwas über die ASEAN. Was wir hier in dieser Region haben, ist eine Kultur des Pragmatismus, die Kriege wie in der Ukraine verhindert, die die Vereinigten Staaten und die EU in den Ruin treiben werden.» Während die EU weiter Kriege führe, betreibe Asien Handel.

Natürlich gebe es auch Probleme zwischen den asiatischen Staaten. So sei die chinesisch-indische Beziehung sehr kompliziert. Sie würden nicht so bald zu Freunden werden. «Aber gleichzeitig denke ich, dass die Inder sehr kluge langfristige strategische Denker sind. Und das Schlimmste für Indien wäre, wenn es sich komplett von China entfremdet und nur noch von den Vereinigten Staaten abhängig ist.» Trotz der politischen Unstimmigkeiten zwischen Indien und China sei der Handel zwischen den beiden Ländern aber weiter gewachsen. «In gewisser Weise könnte der Krieg in der Ukraine dazu beigetragen haben, die chinesisch-indische Beziehung zu stabilisieren, denn als der Westen Indien stark kritisierte, weil es die russische Invasion in der Ukraine nicht verurteilt hatte, weiterhin russisches Öl und russische Produkte kaufte, da haben die Inder gesagt: Okay, euch gefällt nicht, was wir tun, gut, dann machen wir uns eben unabhängig. Was wollt ihr dagegen tun?» China und Indien hätten beide die russische Invasion in der Ukraine weder verurteilt noch unterstützt, und die westliche Kritik habe die beiden Länder näher zusammengeführt.

«Der Ukraine-Konflikt ist ein Konflikt, der leicht hätte vermieden werden können, wenn die Europäer etwas strategischen gesunden Menschenverstand bewiesen hätten. Sie haben keine strategische Vernunft bewiesen, als sie versuchten, die Ukraine in die Nato zu holen.»

Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und die Schweiz

Die ASEAN, die *Association of Southeast Asian Nations*, der Verband Südostasiatischer Nationen, wurde 1967 gegründet und gilt als die bedeutendste zwischenstaatliche Organisation Südasiens. Sie hat zehn Mitgliedsstaaten: Brunei Darussalam, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam. Sie fördert die regionale Integration und Zusammenarbeit und setzt sich für Frieden und Sicherheit sowie für Wohlstand und menschliche Entwicklung ein. Die ASEAN-Staaten bilden den fünfgrössten Wirtschaftsraum der Welt mit einem Markt von über 655 Millionen Menschen.

Das ASEAN-Sekretariat befindet sich in Jakarta (Indonesien) und verfügt über zahlreiche Büros und Verwaltungszentren in der ganzen Region. Der Vorsitz der ASEAN wechselt jährlich unter den Mitgliedsstaaten, und die wichtigsten Sitzungen finden im jeweiligen Land statt, welches den Vorsitz innehat. Die ASEAN steht im Zentrum weiterer regionaler Foren wie ASEAN+3 (China, Japan, Republik Korea), East Asia Summit und ASEAN-Regionalforum. Es gibt elf Dialogpartner (Australien, China, EU, Indien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Korea, Russische Föderation, USA, Vereinigtes Königreich), vier sektoruelle Dialogpartner (Norwegen, Pakistan, Schweiz, Türkei) und vier Entwicklungspartner (Deutschland, Chile, Frankreich und Italien).

Die Schweiz erhielt 2016 den Status einer sektoriellen Dialogpartnerin. Diese Partnerschaft stärkt die bilateralen Beziehungen

der Schweiz zu den ASEAN-Mitgliedsstaaten und ihre Vernetzung im asiatisch-pazifischen Raum. In einem Aktionsplan wurden Kooperationsbereiche zwischen der Schweiz und der ASEAN gemeinsam identifiziert («ASEAN-Schweizerland Practical Cooperation Areas 2017–2021»). Das EDA listet vier Schwerpunktbereiche auf: Menschliche Sicherheit, Berufsbildung, Klimawandel und soziale Forstwirtschaft sowie Katastrophenmanagement und -vorsorge.

Die Zusammenarbeit wird einmal pro Jahr an einem Treffen des *Joint Sectoral Cooperation Committee* evaluiert. Hochrangige politische Dialoge finden während des jährlichen Aussenministertreffens der ASEAN statt, wenn der Vorsteher oder die Staatssekretärin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) die jeweiligen Amtskolleginnen und -kollegen der ASEAN trifft.

Schweizer Unternehmen investierten gemäss EDA Ende 2019 rund 40 Milliarden Franken in die ASEAN-Länder; 1995 waren es 2,3 Milliarden Franken. Die Schweiz zählt zu den zehn grössten ausländischen Direktinvestoren in der ASEAN. Im Tourismusktor verzeichnete die Schweiz 2019 über eine Million Übernachtungen von Gästen aus Südostasien. Dies entspricht einer Zunahme um 50 % gegenüber 2013. Etwa 20 000 Schweizer Staatsangehörige leben im ASEAN-Raum und 25 000 Personen aus dieser Region in der Schweiz.

Quelle: <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/internationale-organisationen/asean.html>

«Einer der grössten Fehler Europas»

Ich denke, es war einer der grössten Fehler, den Europa gemacht hat, besonders nach 2014, Russland aus den G8 auszuschliessen. Denn man löst ein Problem nicht, indem man jemanden ausschliesst, der geographisch dein Nachbar ist. Es löst nichts und schafft ein zusätzliches Problem.»

Kishore Mahbubani in seinem Referat zum Buch *The Asian 21st Century* vom 24.6.2022;

<https://www.youtube.com/watch?v=Y3RYeKIVHg>

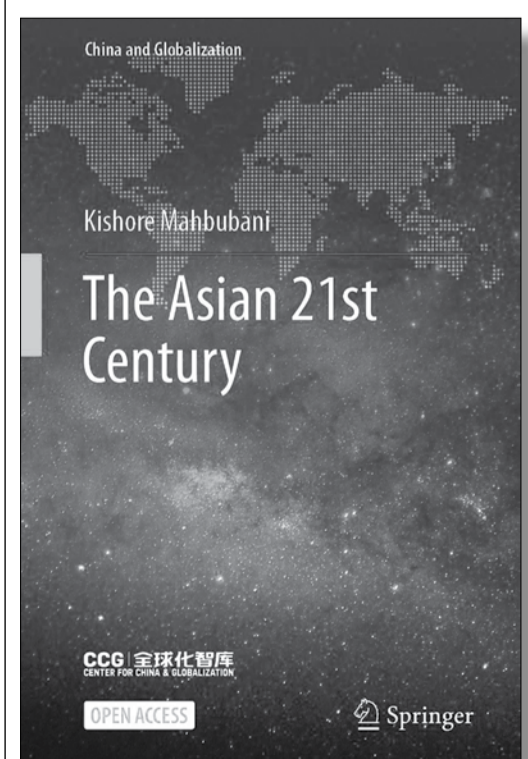
Klare Worte findet Mahbubani für die Rolle der Europäer im Ukraine-Konflikt: «Dies ist ein Konflikt, der leicht hätte vermieden werden können, wenn die Europäer etwas strategischen gesunden Menschenverstand bewiesen hätten. Sie haben keine strategische Vernunft bewiesen, als sie versuchten, die Ukraine in die Nato zu holen.» Europa zahle nun den Preis dafür: «Es ist eure Dummheit, die diesen Konflikt verursacht hat, ihr kämpft, wir aber mischen uns nicht ein.»

Es wäre im Interesse der USA, mit der Welt zu kooperieren

Was die USA betreffe, so stünden sie vor einer Richtungswahl: entweder wollten sie weiterhin Nummer eins sein, oder sie stellten das Wohl ihrer Bürger in den Vordergrund. Vorherrschaft gehe nicht ohne grosse wirtschaftliche Opfer. Wenn man das Wohl der Bürger verbessern wolle – und das wäre dringend nötig, denn die Vereinigten Staaten seien das einzige moderne entwickelte Land in dem das durchschnittliche Einkommen der unteren 50 Prozent in den letzten 30 Jahren nicht mehr gestiegen sei –, dann könne man nicht gegen China arbeiten, sondern müsse die Kooperation suchen. Die Wirtschaftskapitäne in den USA müssten sagen: «Kümmern wir uns um unsere Leute, kümmern wir uns um unsere eigenen Geschäftsinteressen, lasst uns mit China zusammenarbeiten, und versuchen wir nicht, China davon abzuhalten, die Nummer eins zu werden, denn das ist eine unmögliche Aufgabe.»

Wären Europa und die USA nicht gut beraten, ihre imperiale Sicht auf die Welt zu justieren und die ausgestreckte Hand aus Asien zu ergreifen? Pragmatismus oder ideologische Verblendung: Was sichert uns den Frieden, was führt in immer weitere Kriege? «Can Asians think?», hatte Mahbubani ein früheres Buch betitelt. Die Frage stellt sich heute wohl eher: Können wir Westler denken? Mahbubani zuzuhören, wäre das nicht ein erster Schritt auf diesem Weg? •

Quelle: Kishore Mahbubani and Steven Okun. «USA = USSR, China = USA if Cold War 2.0?» vom 1.8.2022; <https://www.youtube.com/watch?v=5kINOA8WRyg>



ISBN 978-981-16-6813-6